Nr. 255 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 130

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 6,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 90 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 2. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Wirths Programmrede.

Die große Programmrede, mit der gestern der Reichskanzler Dr. Wirth vor den Reichstag trat, gleicht einem weitläufigen Gebäude, an dem — von den Kärrnern gar nicht zu reden — verschiedene Baumeister mitgearbeitet haben. Aber den verschiedenen Stilarten, die sich hier miteinander mischen und untereinander kreuzen, fehlt doch nicht die Verbindung durch einen einheitlichen Gedanken, nämlich den, daß die Annahme des Ultimatums viel mehr sein muß als eine bloße Geste, daß Leistungen vollbracht werden müssen, die jeden Zweifel an Deutschlands gutem Willen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, in der Welt ausrotten. Diesem Grundgedanken stimmen wir zu. Seine energische Ausführung ist die Voraussetzung aller weiteren Politik. Für lange Zeit hinaus wird keine deutsche Regierung von ihm abweichen können, ohne das Land, dessen Geschicke ihr anvertraut sind, ins allerschwerste Unheil zu stürzen.

Der Reichskanzler konnte auf eine ganze Reihe von Leistungen hinweisen, in denen sich der ehrliche Erfüllungswillen der neuen Regierung eindeutig kundgibt. Was er über die Einwohnerwehren sagte, läßt hoffen, daß hier die schlimmsten Schwierigkeiten überwunden sind. Inzwischen hat übrigens die von Bayern gewünschte neuerliche Anfrage an die Entente, ob mit den zu entwaffnenden und aufzulösenden Organisationen auch die bayerische Einwohnerwehr gemeint sei, die zu erwartende Antwort gefunden. Die Frage ist bejaht worden, und Bayern muß jetzt endlich wissen, was es zu tun hat.

In der inneren Politik hat der Reichskanzler ein Regime der verfassungsmäßigen Demokratie angekündigt. Der Ausnahmezustand soll, wo er noch besteht, abgebaut werden. Ihn noch beizubehalten, liegt unseres Erachtens in diesem Augenblick nirgends mehr ein Anlaß vor. Er wird auf Nimmerwiedersehen verschwinden, wenn nicht Putschisten von rechts oder links seine Wiederkehr erzwingen.

Die Kommunisten forderten in immer wiederholten lärmenden Zurufen eine neue Amnestie. Nach 48 sang man freilich:

Wenn die Fürsten fragen: „Will er Amnestie?"
Sollt Ihr ihnen sagen: „Er hat steife Knie!"

Aber wie auf so vielen Gebieten haben sich auch hier die Anschauungen geändert. Und die vorwiegend rechtskommunistische Reichstagsfraktion will offenbar ihren Eifer und den Wert ihrer Anwesenheit im Parlament beweisen, indem sie ihren von den falschen linken Brüdern mutwillig ins Gefängnis gehetzten Anhängern wieder zur Freiheit verhilft. Dieser Gesichtspunkt ist beachtenswert, nur darf man es nicht so plump anstellen, wie die Kommunisten, die durch ihr rohes Gebrüll nur Widerwillen gegen ihre Forderung erwecken. Die Sozialdemokratische Partei aber und, wir hoffen, auch die Regierung, wird sich von solchen Gefühlsmomenten nicht leiten lassen, sondern von Gedanken der Gerechtigkeit. Diese schließen es aus, daß die Schuldigen an gemeinen Verbrechen Straflosigkeit gewinnen, sondern aber, daß allzurasche Urteile der Sondergerichte, von denen Unschuldige oder minder Schuldige getroffen worden sind, ihre Korrektur auf dem Weg der Begnadigung finden.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich selbstverständlich auf das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Regierung. Wer da etwa einen fertig ausgearbeiteten Plan erwartet haben sollte, der in Form eines schätzungsweisen Voranschlags die künftigen Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht bringt, der mußte enttäuscht werden. Aber die ungeheuren Finanzprobleme, die uns jetzt gestellt sind, lassen sich eben nicht auf die alte Weise lösen, daß man sagt: „Dies sind die neuen Ausgaben und hier ist die Deckung dazu." Es kann nur schrittweise vorgegangen werden, und es kann sich nur darum handeln, Defizite auf das geringst notwendige Maß zurückzuführen mit der Tendenz, sie schließlich ganz verschwinden zu lassen, nicht aber darum, sie mit einem Schlag zu beseitigen.

Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der glaubt, daß die ins Abenteuerliche gesteigerten Ausgaben des Reiches von den Reichen allein bezahlt oder ausschließlich aus direkten Steuern bestritten werden könnten. Auch wenn aller persönliche Reichtum durch Steuern vernichtet werden würde, bliebe doch die Tatsache bestehen, daß nur aus der Arbeit, die allein Werte schafft, die zur Deckung der Reichsverpflichtungen notwendigen dauernden Einnahmen fließen können. Die direkten Steuern auf mittlere und kleine Einkommen lassen sich nicht ins Unendliche erhöhen, und so bleibt als letztes Mittel in der Tat kein anderes übrig, als eine scharfe Erhöhung der indirekten Steuern auch auf den bescheidensten Massen-„Luxus", ja zu allerletzt auf den lebensnotwendigen Massenbedarf selbst.

Die Erkenntnis dieser harten Tatsachen den Massen zu vermitteln, wird aber erst dann möglich, wenn die bürgerlichen Koalitionsgenossen begreifen, daß die besitzenden Schichten unter solchen verzweifelten Umständen kein Uebermaß zartfühlender Schonung beanspruchen dürfen. Wir glauben, daß diese Einsicht teilweise schon vorhanden ist, sie muß aber ganz vorhanden sein.

Jedem aufmerksamen Leser der Kanzlerrede muß es auffallen, daß darin über die künftige Gestaltung der Besitzbesteuerung mit weniger Bestimmtheit und mit mehr diplomatischer Vorsicht gesprochen wird als über die indirekten Massenverbrauchssteuern. Volle Zustimmung wird der Kanzler finden, wenn er die energische Durchführung der schon beschlossenen Besitzsteuern in Aussicht stellt. Aber das Problem der sogenannten „Goldwerte" wird, will uns dünken, mit allzugroßer Behutsamkeit angefaßt.

Es handelt sich um jene im Privatbesitz befindlichen Werte, die nicht bloß aus Papier bestehen, sondern „so gut sind wie Gold". Sie sind und bleiben, unberührt von den Zuckungen unserer Währung, realer Besitz, der reale Erträge abwirft, Erträge, die in dem Maße steigen, in dem sich unsere Inlandspreise den Weltmarktpreisen annähern. Die Steigerung des Ertragswerts steuerlich zu erfassen und damit — mit dem Reichskanzler zu sprechen — die Bildung einer neuen Schicht von „Reparationsgewinnlern" zu verhindern, ist ein sehr ernstes Problem, an seine Lösung wird herangegangen werden müssen, wie groß auch der Lärm ist, den die Presse der Rechten darüber erhebt. Gerade dieser Lärm muß uns in der Auffassung bestärken, daß hier noch manches, noch recht viel zu holen ist.

Die Debatte, die heute beginnt, verspricht interessant zu werden, weil sie vielleicht noch deutlicher als die Kanzlerrede zeigen wird, wie groß oder wie gering die Aussichten der Regierung sind, dauernde Erfolge zu erzielen. Besonders darf man auf das Verhalten der Randparteien gespannt sein, die rechts und links an die Regierungskoalition angrenzen: der Deutschen Volkspartei auf der einen und der Unabhängigen Sozialdemokratie auf der anderen Seite. Dabei interessiert uns das Verhalten der Nachbarn zur Linken natürlich mehr. Sie können viel gut machen, aber auch viel verderben, und sie werden das erste tun, wenn sie sich dessen bewußt bleiben, daß es ihre Aufgabe als sozialistische Partei ist, jedes Bestreben zum Schutz der breiten Massen zu unterstützen, nicht aber den besitzenden Klassen zur uneingeschränkten Herrschaft zu verhelfen. Auf beiden sozialistischen Parteien, ob nun die eine in der Regierung, die andere draußen steht, auf beiden ruht heute eine gewaltige Verantwortung, und ein je größeres Stück von ihr sie gemeinsam tragen wollten, desto besser wäre es für das Ganze.

Mit den Stimmen der sozialistischen Parteien und eines Teils der Demokraten und des Zentrums beschloß der Reichstag gestern, die Beschlüsse des Volkswirtschaftsausschusses über die Unterstützung der langfristig Erwerbslosen als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu stellen.

* * *

109. Sitzung, Mittwoch, den 1. Juni.

Am Regierungstisch: Dr. Wirth, Bauer, Dr. Rosen, Schiffer, Gradnauer, Schmidt, Geßler, Hermes, Gröner, Brauns, Rathenau.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 4,20 Uhr. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Man erwartet von der neuen Regierung ein Programm. Ich will dieses Programm in eine kurze Form zusammenfassen, in drei Worte. Diese drei Worte heißen: Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung! (Lärm der Komm. und Zurufe: Und die Amnestie?) In dieser Formel soll begründet sein, daß wir alle unsere Kraft daran setzen wollen, das deutsche Staatsschiff herauszulenken aus dem Wege der Krisen und Katastrophen in ein ruhiges Fahrwasser friedlicher Entwicklung. Durch Werke des Friedens und Aufbaues nach außen und innen wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Beginne einer neuen Zeit, daß wir unseren Verpflichtungen bis zum äußersten nachkommen und durch Arbeit und Leistungen die Freiheit des Vaterlandes wiedergewinnen wollen. Die Annahme des Ultimatums hat einen Schlußstein gesetzt und unsere Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt. Die Absicht der Reichsregierung ist eindeutig und klar. Sie will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen; sie will den guten Mut haben und von dem ganzen deutschen Volke verlangen, daß es sich anstrengt, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Nur dann kann eine Höchstleistung erzielt werden. Hierin erblickt die Reichsregierung die einzige für Deutschland mögliche Politik. Nicht akademische Erörterungen, sondern allein die

praktische Anerkennung des Leistungsprinzips

wird für Deutschland und seine schwere Lage in der Welt Verständnis erwecken.

Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Einige sind bereits abgelaufen. Wir haben sie innegehalten. Auf finanziellem Gebiete ist die Zahlung einer Milliarde Goldmark rechtzeitig erfolgt. Der Reichskanzler weist darauf hin, daß 150 Millionen Goldmark in bar und der Rest durch Schatzwechsel bezahlt worden sind, die auf Wunsch der Reparationskommission das Indossement von vier deutschen Großbanken, der Darmstädter Bank, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Diskonto-Gesellschaft erhalten haben. Die genannten Bankinstitute haben in äußerst dankenswerter Weise der Regierung ihre Unterstützung zur Verfügung gestellt. Die Schatzwechsel sind bis zum 31. August einzulösen. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die Einlösung sicherzustellen. Am 31. Mai sind weiter 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden. (Erneuter Lärm der Komm. und Zurufe: Und die Amnestie?)

Durch die Annahme des Ultimatums haben wir uns den Entwaffnungsbestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem Gebiete des Militär-, Marine- und Flugwesens gefügt. Die Note, die uns zur Ausführung des Ultimatums von General Nollet, dem Leiter der Interalliierten Militärkommission, überreicht worden ist, wird in der üblichen Weise dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zugeleitet werden. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiete innegehalten. (Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Schwindel!) Die Reichsregierung ist einmütig der Ansicht, daß uns

in der Frage der Entwaffnung keine Vorwürfe

gemacht werden können, geschweige daß sie Anlaß zu Sanktionen geben darf. Was an uns ist, werden wir deshalb tun, um unsere Versprechungen einzulösen. (Erneute Zurufe bei den Komm. Adolf Hoffmann ruft: Erst können vor Lachen!) Für diesen Zuruf haben Sie Amnestie! (Beifall. Erneute Zurufe bei den Komm.: Was sagt Kahr?) Die Durchführung der Entwaffnungsbedingungen ist veranlaßt worden. Die von der Militärkontrollkommission festgesetzten Höchstbestände für den Bedarf und die Ausrüstung unseres Hunderttausendmannheeres sind von uns anerkannt worden. Befehle zur Ablieferung des überschüssigen Materials sind erteilt, die Ablieferung ist im Gange. Der Abbau der von der Kontrollkommission nicht zugestandenen Bestückungen unserer Landfestungen einschließlich Lützen und Boyen ist angeordnet und wird unverzüglich durchgeführt. Das gleiche gilt für die Küstenbefestigungen. Die Listen für das Gerät des Hunderttausendmannheeres sind anerkannt, die für seine Herstellung nicht zugelassenen Fabriken werden geschlossen. Ebenso sind die in den Pariser Beschlüssen enthaltenen Forderungen, die sich auf die Marine und die Luftfahrt beziehen, teilweise erfüllt, teilweise in schleuniger Durchführung begriffen. Eine Vorlage über diese Materie wird in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen. Ein Verbot der Ausfuhr von Luftfahrmaterial ist erlassen. Der Kontrollkommission ist mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung die ihr in Aussicht gestellte Entscheidung zur Unterscheidung der zivilen Luftfahrt von der im Friedensvertrag untersagten militärischen Luftfahrt anerkennt. Die Auslieferung der überzähligen Waffen der Polizei ist durchgeführt. Anordnungen zur Zurückführung der Gesamtstärke der Polizei, die nach den Boulogner Beschlüssen 150 000 Mann nicht überschreiten soll, sind erlassen. Die in den Pariser Beschlüssen geforderten gesetzlichen Maßnahmen über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät sind so gefördert, daß sie in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen werden.

Zur Entwaffnung der Einwohnerwehren

sind von den Landesregierungen die erforderlichen Anordnungen getroffen. Die bayerische Regierung stand nach ihrer früheren Stellungnahme vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Ich habe es nicht für richtig gehalten, durch offizielle Schreiben seitens der Reichsregierung diese schwierige Lage der bayerischen Regierung noch zu verschärfen. Aber Sie können mir glauben, daß ich trotzdem nicht untätig gewesen bin. Die bayerische Regierung hat inzwischen in Erkenntnis der tatsächlichen Lage die bekannte Erklärung über die Entwaffnung der Einwohnerwehr abgegeben. Wenn danach die beteiligten Kreise sich zu Beschlüssen durchgerungen haben, die unabwendbar geworden sind, so verdienen sie und alle beteiligten Personen, die diese Auffassung kundgegeben haben, den Dank ... (Großer Lärm bei den Komm. Rufe: Unerhört!) **Ich spreche namens der Reichsregierung die Hoffnung und Erwartung aus, daß die Durchführung der Waffenabgabe pünktlich erfolgt. Die freiwillige Entwaffnung ist eine wichtige Tat auch für Deutschlands innere Einheit.** Ein Spiel mit dem Zwang von innen oder außen hätte nur zu Entzweiungen unter den deutschen Stämmen führen können. Neben der Entwaffnung steht

die Frage der Auflösung der Organisationen.

Die bayerische Regierung ist der Ansicht, daß zum mindesten nach erfolgter Waffenabgabe die bayerischen Einwohnerwehren nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages fallen (Hört, hört! links), welche von der Auflösung gewisser näher bezeichneter militärischer Organisationen sprechen. Das bayerische Oberste Landesgericht hat denselben Standpunkt ausführlich dargelegt. (Erneutes Hört, hört! links.) **Aber die Reichsregierung stand nicht mehr allein vor den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages, sondern vor dem Ultimatum vom 5. Mai dieses Jahres, das in dieser Hinsicht auf die Pariser Note vom 29. Januar Bezug nimmt. Darin ist eine gewisse Interpretation des Friedensvertrages gegeben, die es nicht ermöglicht, die Einwohnerwehren von der Liste**

der aufzulösenden Organisationen auszunehmen. Diese Liste, die wir überreicht haben, mußte offen und klar sein. Sie mußte deshalb die Einwohnerwehren und die Organisation Escherich enthalten. Sie können sicher sein, daß die Reichsregierung diesen Eingriff in das Vereinsrecht nur unter dem Druck der Alliierten vorgenommen hat. Sie hat daher auch die Ansicht der beteiligten Landesregierungen und die Unterlagen den Alliierten mitgeteilt, damit diese eine Nachprüfung vornehmen können.

Ich komme nunmehr zu den Aufgaben, die sich aus dem wirtschaftlichen Teil des Ultimatums für Deutschland ergeben. Das Programm ist weit ausladend; es gliedert sich in drei Teile. Die Aufgabe, die unmittelbar vor uns steht, ist

das finanzielle Programm;

im engsten Zusammenhang damit steht das wirtschaftliche Programm und die sozial-ethischen Aufgaben. Der erste Teil umfaßt die Ablieferung von 26 Proz. der Ausfuhr und die fixe Summe von 2 Milliarden jährlichen Annuitäten. Dazu kommen dann noch die Besatzungskosten. **Wenn wir im Jahre 1921 dieselbe Ausfuhr haben wie 1920, würden wir insgesamt über 40 Milliarden Goldmark zu leisten haben.** Diese Summe ist außerordentlich groß. Von vielen Seiten wird gesagt, wir können sie nicht leisten. Jetzt aber haben wir nicht mehr darum zu streiten, ob die Summe unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Dieser theoretische Streit führt zu nichts. Wir müssen durch Taten zu beweisen suchen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. (Sehr richtig!) Denn die Sache der Freiheit ist selbst mit schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft. (Gelächter rechts, großer Lärm. — Zurufe links: Amnestie!) Unsere nächste Aufgabe wird es sein, für die Erfüllung der Verpflichtungen einen

sorgfältigen und genauen Zahlungsplan

aufzustellen. Der deutschen Regierung läßt der Friedensvertrag ausdrücklich die Möglichkeit offen, mit bestimmten Vorschlägen an das Garantiekomitee heranzutreten und einen Plan festzustellen. Dieser Plan wird einerseits den Gesamtbetrag der Sachleistungen festzusetzen haben. Soweit diese Verpflichtungen nicht durch Sachleistungen erfüllt werden, ist nachzuweisen, wie wir im Innern die Mittel aufbringen wollen, um den zu zahlenden Restbetrag durch Devisen zu decken. Es werden bestimmte Steuern zu kennzeichnen sein. Der gesamte Betrag dieser als Sicherheit gestellten Steuern muß hinreichend sein, um den fehlenden Restbetrag zu decken. Wir haben uns bereits an die Arbeit gemacht und werden binnen kurzem über diesen Zahlungsplan uns mit der Garantiekommission in Verbindung setzen. **Die 26prozentige Ausfuhrabgabe** kann dauernd für die deutsche Ausfuhrindustrie **nicht** in Frage kommen. (Zustimmung.)

Der Ausfuhrindex ist brutal, ist roh.

Es soll nach einem besseren Index geforscht werden. Ob er gefunden wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Arbeiten nach dieser Richtung sind im Gange. Jedenfalls müssen wir damit erzielen, irgend eine Summe an Einnahmen zu schaffen, die gleich hoch ist wie die der Ausfuhrabgabe. Eine volle Rückvergütung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe wird nicht erfolgen können.

Die Stunde für den Reichswirtschaftsrat zur tätigen Mitarbeit an dem deutschen Geschick ist gekommen. Wäre die Angleichung an den Weltmarktpreis nicht soweit vorgeschritten, so wäre die Ausfuhrabgabe vielleicht zu erwägen. Heute noch besteht eine starke Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im Inland und Ausland. Diese Spannung muß möglichst ausgenutzt werden. Es wird Sache des Reichswirtschaftsrates sein, zusammen mit der Reichsregierung Vorarbeiten nach dieser Richtung fertigzustellen. Dann aber gilt es, die Deckung für die zwei Milliarden Gold an fixen Annuitäten festzustellen. Aber auch an Sachlieferungen muß Deutschland die erforderliche Summe aufbringen, denn es geht nicht an, daß wir auf die Dauer zu Anleihen greifen. Die Erfahrungen des Krieges nach dieser Richtung hin schrecken. Wir müssen sehen, die Lasten tatsächlich als jährliche Einnahmen aufzubringen.

Bei neuen Steuerquellen

richtet sich das Augenmerk des deutschen Sozialpolitikers unwillkürlich auf die Kohle. Unser Kohleninlandspreis ist heute noch niedriger als der Weltmarktpreis. Das wäre nicht der Fall, wenn wir die Preisbildung in der Kohlenindustrie sich hätten frei entwickeln lassen. Hierin liegt zu gleicher Zeit auch ein Reservefonds. Man wird die bestehende Preisdifferenz zwischen Inlands- und Weltmarktspreis ausnutzen müssen. Es fragt sich nur, auf welche Weise dies am besten geschehen soll. Es muß allerdings ein Weg gefunden werden, der es gestattet, eine Differenzierung zwischen Hausbrandkohle und Industriekohle zu schaffen. Es gilt, die übrigen Steuern so auszubauen, daß sie hinreichend sind, einerseits die fehlenden Beträge der Reparation, andererseits die Ausfälle zu decken, welche durch die Reparation im Reichsbudget entstehen. Das Bestreben der Reichsfinanzverwaltung muß von folgenden Gesichtspunkten geleitet sein. Wo noch

Besitzsteuern

durchzuführen sind, ohne Schädigung des eigentlichen Wirtschaftsprozesses, muß das geschehen. Es kommt in Frage erstens ein Ausbau der Körperschaftssteuer, der einer Besteuerung der hohen Dividenden gleichkommt, zweitens ein starker Ausbau der Börsensteuer, um vor allem die Spekulationen an der Börse auf diese Weise zu erfassen, drittens — und darauf lege ich besonderen Wert — handelt es sich nicht allein darum, neue Steuern zu schaffen, sondern die bereits verabschiedeten Steuern durchzuführen. (Zustimmung.) Es werden innerhalb der Finanzverwaltung Einrichtungen zu schaffen sein, die eine vollkommene Ausschöpfung der bisher erschlossenen Besitzquellen ermöglichen. Auf diese Weise können wohl noch mehrere Milliarden gefördert werden. Es hat ein großes Maß von Geduld dazu gehört, im Laufe eines Jahres das Aufkommen der Besitz- und Einkommensteuer zu überwachen. Wir sind vorwärts gekommen. Gerade in den letzten zwei Monaten sind erfreuliche Erfolge erzielt worden. (Zustimmung.) Ich darf aber auch hinzufügen, daß der aus gewissen Gründen verständliche langsame Fortgang der Veranlagung der Besitz- und Einkommensteuer in den Kreisen, in denen die Steuer vom Lohn- und Gehaltssatz erhoben worden ist, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat. (Sehr richtig!) Das kann zu politischen Unruhen führen. **Wir müssen alles tun, um in rascher Folge und energisch die Besitz- und Einkommensteuer auch bei denen zur Durchführung zu bringen, die über die Produktionsmittel verfügen.** Eine gewisse Reserve liegt vielleicht auch bei der Nachlaßsteuer. Die Möglichkeiten werden geprüft. Ein Ausbau der Erbanfallsteuer ist nicht in Betracht zu ziehen. Um einen

Ausbau der indirekten Steuern

werden wir nicht herumkommen. Entwürfe sind bereits ausgearbeitet für eine Erhöhung der Einnahme aus dem Branntweinmonopol, aus der Biersteuer, für eine Beseitigung der Ermäßigung bei der Tabaksteuer, für eine höhere Besteuerung des Zuckers einschließlich der Süßstoffe, wobei die Frage eines Raffineriemonopols entschieden werden muß. Bei der indirekten Besteuerung wird das Hauptgewicht darauf zu legen sein, daß ein guter Steuerertrag unter möglichst geringer Steigerung der Verbrauchspreise garantiert wird. (Lachen.) Die Steuer auf den Luxus wird stärker anzuziehen sein.

Die Steuern, deren Ertrag durch Geldentwertung herabgesetzt ist, müssen verhältnismäßig erhöht werden, um auf den Friedensstand zu kommen. Die Steuern auf Grund und Boden und Gewerbe müssen in moderne Form gebracht werden. Ich habe auch bereits Verbindungen mit den Finanzministern der Länder gesucht, um die Frage zu erörtern, wie es möglich ist, binnen kurzer Zeit dies Ziel zu erreichen. Die Ausschöpfung dieser Steuern ist notwendig für die gesamten Finanzen Deutschlands.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß

die Arbeit der Notenpresse

den Geldwert verschlechtert und somit einseitig die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die keine Produktionsmittel in Händen haben, schädigt. Die Regierung hat das ernste Bestreben, sich so bald wie möglich von diesem ungesunden Mittel der Notenpresse zu befreien. Dazu müssen weitere Einnahmequellen geschaffen werden. Die von der Geldentwertung nicht betroffenen Besitz- und Sachwerte oder andere Werte, die von der Wertveränderung des Geldes nicht betroffen worden sind, vielmehr ihren Goldwert mehr oder weniger beibehalten haben, alle solche Werte, bei denen Gewinne, sei es aus Konjunkturen, sei es aus der Angleichung an die Weltmarktpreise entstehen, werden schärfer zu erfassen sein. Zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern dürfen sich nicht noch Reparationsgewinnler gesellen. (Beifall.) Dann hoffen wir, die Finanzen des Reiches dem Bedürfnis entsprechend ausgestalten zu können.

Wenn der Reichstag dieses Gesetzeswerk möglichst rasch erledigt, so wird der zweite Teil der

Sanierung unserer Finanzen

erfolgen. Dabei muß natürlich die

Zuschußwirtschaft

möglichst rasch und energisch abgebaut werden. Nur produktive Ausgaben dürfen auf Anleihe genommen werden. Einer späteren Zeit erst wird es vorbehalten bleiben, das große Problem der Währungsfrage in Angriff zu nehmen. Heute ist die Zeit dazu bei dem Zustande unserer Finanzen noch nicht gekommen.

Im engsten Zusammenhange mit dem Finanzprogramm steht

das Wirtschaftsprogramm.

Es ist selbstverständlich, daß die Summen, die wir an das Ausland zahlen müssen, auf die Dauer nur aus dem Ueberschuß unserer Wirtschaft kommen können. Unsere Volkswirtschaft muß eingerichtet werden auf höhere Produktion und nationalwirtschaftliche Ersparnis. Die Richtung, die unsere Wirtschaftspolitik nehmen muß, ist durch die Kontributionsverpflichtungen und ihre technische Ausgestaltung zum großen Teil bedingt. Wenn wir die Reparationsleistungen aufbringen wollen, müssen wir

im Inlande höhere Werte erzeugen und unsere Einfuhr einschränken.

Wir müssen alle aktiven Posten der deutschen Zahlungsbilanz möglichst steigern und die passiven Posten tunlichst niedrig halten. Das ist die zwingende Logik der ganzen Lage. Daraus folgt wieder mit ernster Konsequenz der möglichste Ausbau der heimatlichen Lage unserer Volkswirtschaft. Was wir im Inlande erzeugen können, müssen wir aus dem deutschen Boden möglichst herausholen. Die Einfuhr von Luxuswaren muß möglichst durch zollpolitische und Steuermaßnahmen beschränkt werden. Man muß aber auch der deutschen Regierung wieder die Verfügungsgewalt über die Zollgrenze geben. (Zustimmung.) Es darf kein neues Loch im Westen geschaffen werden.

Die Landwirtschaft

muß auf höchstmöglichste Produktion eingestellt werden. Infolge des Wegfalls wichtiger landwirtschaftlicher Gebiete ist das doppelt schwer, aber auch doppelt notwendig. Es kann nur gelingen, wenn die ganze Landwirtschaft sich mit alter, zäher Energie an diese Aufgabe heranmacht. Notwendig ist rationellste Bodenpflege, die Verwertung des rationellsten Düngungsverfahrens. Ausgaben hierfür sind produktiv. Zu fordern ist die Benutzung von Motoren an Stelle der Zugtiere. Der Umfang der Bodenfläche muß vermehrt werden durch Kultivierung von Oedländereien. Die Beschäftigung der Arbeitslosen wird dadurch produktiv. Für die Industrieaufträge müssen entsprechende Maschinen und Gerätschaften beschafft werden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen muß reich und großzügig weiter ausgebaut werden. Unsere ganze Wirtschaftspolitik muß abgestimmt sein auf das Ziel: größtmöglichste Produktionssteigerung. Dadurch werden wir unsere Volksernährung verbessern und unabhängig von der Auslandsversorgung werden. Auch sonst gilt es bei uns aus dem heimischen Boden herauszuholen, was er hergeben kann. Wir müssen hinabsteigen in die Kohlen-, Salz- und Erzkammern. Ich erinnere an die Forstbestände. Der Verkehr muß ausgebaut werden unter dem Gesichtspunkte technischer Höchstleistungen. Ich denke an den Ausbau der Handelsflotte und an die Kanalbauten. Unsere Erwerbslosen müssen unter allen Umständen produktiv beschäftigt werden. Notwendig ist die Förderung des Bau- und Siedlungswesens. Auch unsere Industrie muß auf Höchstleistungen eingestellt sein. Die Strömungen nach

Normalisierung und Typisierung

werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Qualitätsleistungen auf allen Gebieten sind eine unbedingte Notwendigkeit, keine Schleuderartikel; dann werden wir uns wieder Absatzmärkte erringen. Von Wichtigkeit ist eine Wiederbelebung des Werkbundgedankens. Man hört vielfach das Wort, Deutschland müsse zum Agrarstaat zurückkehren. Das ist vollkommen unmöglich. Hier handelt es sich nicht um Agrarstaat oder Industriestaat, sondern um Agrarstaat und Industriestaat. (Sehr richtig!) Es muß eher eine Industrialisierung der Landwirtschaft erfolgen. Nur durch Fortschreiten der höheren Wirtschaftsform werden wir zum Ziele kommen, nur dann werden wir die Not der Zeit mildern. Landwirtschaft und Industrie dürfen sich nicht als Feinde gegenüberstehen, sondern als Brüder, die gemeinsam zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Not beisteuern, damit wieder die Schaffung eines bescheidenen Wohlstandes wieder der deutschen Volksgemeinschaft möglich wird.

Das ist ein gewaltiges Arbeitsfeld für viele, viele Jahre, ein Programm auf lange Sicht. (Sehr richtig!) Wir können es nur bewältigen, wenn auch die richtige soziale und ethische Einstellung der deutschen Volksseele erfolgt.

Wir brauchen den sittlichen Wiederaufbau der Nation.

Die inneren Gegensätze müssen möglichst zurückgestellt werden. Die besten Kräfte des Volkes dürfen nicht im inneren Hader zerrieben werden. Wir müssen wieder den Blick nach vorwärts richten. An Stelle der Mutlosigkeit und Verzagtheit muß wieder das Bewußtsein treten, daß ein Volk von solcher geschichtlichen Vergangenheit und solchen wirtschaftlichen Leistungen auch Zeiten dieser Not überwinden muß. Bei Zusammenfassung aller Kräfte muß es trotz aller Leistungen, die ihm aufgezwungen worden sind, sein Schicksal meistern können. In allen Schichten des Volkes muß jener soziale Geist einkehren, der unbedingt notwendig ist, um die Arbeitsfreudigkeit zu vermehren. (Lärm der Komm. und Zurufe: Amnestie!)

Präsident Löbe: Lassen Sie den Reichskanzler doch aussprechen, vielleicht kommt er noch auf das Thema. (Heiterkeit). Der Präsident ruft den Abg. Remmele (Komm.) wegen dauernder Störungsversuche zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Wirth (fortfahrend): In den letzten Tagen und Wochen war unser Blick vor allem nach Südosten, nach

Oberschlesien

gerichtet, wo unsere Brüder unter dem Drucke Korfantyscher Scharen Unerträgliches zu erdulden hatten. Als die überwiegende Mehrheit des oberschlesischen Volkes sich für Deutschland entschied, hat Korfanty den Versuch unternommen, mit Waffengewalt vorzugehen. Die deutsche Regierung hat das vorausgesehen und es an Warnungen nicht fehlen lassen. Der Aufstand ist bis ins einzelne von den Polen vorbereitet worden. (Hört, hört!) Es war keine spontane Volksbewegung, sondern eine künstlich entfachte, von außen unterstützte Revolution. Die Folgen sind Terror, Verwüstung, Plünderung. Das Land ist aufs äußerste gefährdet. Die Landwirtschaft liegt darnieder. Die Industrie und die Hüttenbetriebe stehen vor dem Zusammenbruch. Starker Kohlenmangel macht sich bemerkbar. So sieht das Land aus, das im vorigen Jahre im Zustand des Friedens und Gedeihens der Interalliierten Kommission zu treuen Händen übergeben worden ist. (Lebh. hört, hört!) Die Bevölkerung hat sich zur Selbsthilfe zusammengeschlossen, um Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen. Mit höchster Bewunderung haben wir ihre Selbstbeherrschung festgestellt. (Beifall.)

Insurrektion kann nie Recht schaffen.

Dadurch kann nie ein Land polnisch gemacht werden, das zu Deutschland gehört. **Zwei Jahre vor dem Kriege, 1912, haben 70 Proz. der oberschlesischen Wähler für deutsche Parteien gestimmt.** (Hört, hört!) Das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien hat die Polen enttäuscht. Sie selbst haben die Heranziehung der Emigranten zuerst verlangt. Da sie sich über deren Abstimmung getäuscht haben, wollen sie jetzt ihre Stimme nicht gelten lassen. Sollte die Abstimmung nur dann die Entscheidung bringen, wenn sie zugunsten Polens ausfiel? Für Deutschland ergab sich eine Mehrheit von einer Viertelmillion Stimmen. **Das Ergebnis wäre noch günstiger gewesen, wenn man nicht allein nach 1904 Zugezogenen das Stimmrecht genommen hätte.** Die Polen selbst schätzen den Schaden, den die Deutschen durch diese Bestimmung erlitten haben, auf 120 000 Stimmen. Aus alledem ergibt sich das deutsche Recht auf Oberschlesien. **Die Teile, die von Oberschlesien abgetrennt und zu Polen geschlagen würden, wären dem Ruin überliefert.** Selbst Freunde der Polen haben die

Unfähigkeit der Polen

festgestellt, diese hochentwickelten Gebiete zu verwalten. Oberschlesien würde, wenn es zu Polen käme, auf den Tiefstand des polnischen Wirtschaftslebens herabgedrückt werden.

Polen hat Oberschlesien auch nicht nötig. Es verfügt selbst über Kohlen- und Erzvorräte, die es selbst entwickeln sollte, statt seine Hand nach fremdem Gut auszustrecken. (Beifall.) Deutschland hat sich sogar bereit erklärt, den Polen die oberschlesischen Erzeugnisse zu liefern, die es braucht, solange das polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. (Hört, hört!) Gestützt auf unser gutes Recht, auf die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen, muß Oberschlesien bei Deutschland bleiben. Die Regierung hat die Notwendigkeit betont, daß in Oberschlesien jetzt alles vermieden wird, was dem Gegner Gelegenheit bietet, unsere gerechte Sache zu verdunkeln. Die deutsche Grenze nach Oberschlesien ist gesperrt. Die polnische Grenze ist noch offen. (Hört, hört!) Das deutsche Volk hängt mit leidenschaftlichem Herzen an Oberschlesien. Das hat auch die Berliner Sonntagskundgebung gezeigt. Wir verlangen, daß das alte deutsche Land

unlöslich bei Deutschland

bleibt durch Abstimmung und Recht. Es geht nicht, daß durch bewaffneten Aufstand sogenannte „vollendete Tatsachen" geschaffen werden. Die Demokratie hat ihren Ausdruck erhalten durch das Plebiszit. Die Mächte, deren Verfassung demokratischen Charakter hat, werden dafür sorgen müssen, daß dieser Willensausdruck zur Geltung kommt. Oberschlesien darf nicht ein neuer Brandherd werden, der Europa aufs neue in Flammen setzen kann. Den Beratungen in den französischen gesetzgebenden Körperschaften sind wir mit äußerster Spannung gefolgt. An Worten hat es drüben nicht gefehlt, an Worten fehlt es auf der Welt überhaupt nicht. Ich muß doch

die Frage an die Gegenseite

richten: Wie denkt sich denn Frankreich die Lösung der von Briand angeregten Frage: Der demokratische Geist muß sich in Deutschland entwickeln? Sollen etwa die Sanktionen der letzten Zeit, die Rheinzollgrenze, die Besetzung weiteren deutschen Gebietes und deutscher Städte, das Fraternisieren französischer Truppen mit den aufständischen Polen in Oberschlesien — sollen etwa diese Erscheinungen den demokratischen Geist in Deutschland stärken können? (Zustimmung.) Sieht man denn nicht ein, daß das ewige Drohen mit dem Schwert und mit neuen Sanktionen das Gegenteil von demokratischem Geist selbst ist? (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Was ist zunächst — abgesehen von dem fairen Spiel, das England und Italien bezüglich Oberschlesien wirklich getrieben haben — in Frankreich ein Zeichen dafür, daß das neue demokratische republikanische Deutschland nicht in seinen Uranfängen erdrosselt werden soll? Die Sieger von gestern, die mit Hilfe der ganzen Welt das ausgehungerte deutsche Volk schließlich niedergeworfen haben, haben es leicht, Machtpolitik zu treiben. (Sehr richtig!) Liegt es denn wirklich im Interesse der Welt, dem entwaffneten Deutschland mit ewigen Drohungen entgegenzutreten, die uns nicht zu ruhiger Arbeit und zu Leistungen kommen lassen?

Legt doch endlich die Flinten weg!

(Unruhe bei den Komm., Rufe: Wie in Bayern!) Briand spricht mit etwas feinem Spott von der augenblicklichen Regierung in Deutschland. Er denkt dabei an die Kurzlebigkeit der deutschen Regierung. Es ist das Ziel aller wahren Patrioten bei uns, endlich eine Regierung zu bekommen, die sich auf eine breite parlamentarische Basis, eine Mehrheit, stützen kann. Diese Regierung wird nicht geschaffen und nicht gefunden durch die Erörterung von politischen Fragen, sie wird nur entstehen durch eine sachliche Politik, die alle, die guten Willens sind, im Laufe der nächsten Wochen um ein sachliches Programm sammelt. Gewiß wird eine solche Regierung, die sich auf eine breite parlamentarische Basis stützen kann, auch ein politisches Ideal zu verfechten haben. Ich sehe dieses Ideal in der Verwirklichung der friedlichen Demokratie, die dem deutschen Volke zunächst das Leben rettet, darüber hinaus aber auch den Aufbau des Vaterlandes und gleichzeitig der europäischen und der Weltwirtschaft in Gang bringen will.

Will man in England und Frankreich dasselbe Ziel

— und es müßte eigentlich das Ziel aller derer sein, die die Welt einer neuen Wohlfahrt entgegenführen wollen —, dann hat man dort auch die Verpflichtung . . . (Lärmende Rufe bei den Komm.: Amnestie! Widerspruch bei der Mehrheit. Glocke des Präsidenten.) Dann hat man dort die Verpflichtung, der demokratischen Idee bei der Entscheidung über Oberschlesien Rechnung zu tragen, wo der Wille der Bevölkerung nach demokratischen Grundsätzen zum Ausdruck gekommen ist. **Oberschlesien wird der Prüfstein dafür sein, ob es den siegreichen Mächten in der Welt wirklich ernst ist mit der Verwirklichung der Demokratie in Europa.** Das Schicksal der demokratischen Entwicklung liegt jetzt in den Händen dieser Staaten. Der Sieg irgendeiner Diktatur, sei es eines übertriebenen Militarismus in irgendeinem Lande, sei es eines phantastischen Diktators in Oberschlesien, wird den Todeskeim für die Demokratie in Europa legen.

Die innere und die äußere Politik Deutschlands sind heute so eng verknüpft wie nie zuvor. Durch die Annahme des Ultimatums ist uns die Freiheit im Innern erhalten worden; aber ich will darüber jetzt mit niemand streiten. Es fragt sich, wie wir die Freiheit, die wir haben, gebrauchen wollen.

Die Richtschnur ist die Reichsverfassung,

an deren Durchführung wir ehrlich arbeiten wollen. (Abg. Remmele (Komm.): Lügen Sie doch nicht! — Präsident Löbe: Für diesen unerhörten Zuruf erteile ich Ihnen den zweiten Ordnungsruf! — Beifall bei der Mehrheit. Große Unruhe bei den Kommunisten. Zurufe: Es bleibt doch Schwindel!)

Eine solche Entwicklung ist nur möglich, wenn die Regierung jedem Versuch eines gewaltsamen Angriffs auf die Verfassung — möge er kommen, woher er wolle — rechtzeitig entgegentritt. Das wird die Regierung tun. (Beifall.) Sie wird sich dazu der Mittel bedienen, die ihr die Gesetze in die Hand geben, von Ausnahmevorschriften wird sie absehen. In einigen deutschen Gebieten bestehen zurzeit noch Ausnahmevorschriften. Der Ausnahmezustand in Groß-Hamburg wird im Einvernehmen mit den Hamburger Behörden sofort aufgehoben werden. Die Reichsregierung beabsichtigt aber auch im übrigen, den Ausnahmezustand, wo er besteht, möglichst schnell abzubauen.

Groß-Berlin

Berlin vor einer Kohlenkatastrophe?

Die Sitzung der Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen bei dem Reichskohlenkommissar, von der wir in der gestrigen Abend-Ausgabe berichteten, hat stattgefunden. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Verkehrsunternehmen in der Lage sind, weitere Einschränkungen auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen ergaben, daß sowohl Straßenbahn als auch Hochbahn bereits genügend Einschränkungen ihres Verkehrs vorgenommen haben, so daß weitere Einschränkungen nicht erforderlich sind. Die Gasanstalten sind noch für 10 Tage versorgt. Die Elektrizitätswerke haben sich auf Braunkohlenfeuerung eingestellt und der weitaus größte Teil der Produktion aus der Niederlausitz geht bis auf weiteres an die öffentlichen Stromerzeugungswerke. Das Kraftwerk Golpa ist derart überlastet, daß eine erhöhte Stromabgabe zurzeit nicht möglich ist. Im Vorortverkehr sollen Sonderzüge für Vergnügungszwecke, besonders für Rennen, wegfallen.

Zu einem endgültigen Ergebnis konnte jedoch die Besprechung nicht gelangen. Der Reichskohlenkommissar wird vermutlich der Berliner Industrie vorschlagen, die Betriebe auf Nachtschicht umzustellen, wenn nicht ein großer Teil der kleinen und mittleren Betriebe in den nächsten 14 Tagen von der Belieferung abgeschnitten werden will. Weiterhin wird damit zu rechnen sein, daß die Gassparstunden in Berlin in strenger Weise wieder eingeführt werden, daß eventuell bis zu acht Sparstunden im Tag eingelegt werden müssen. Auch die Versorgung der Eisenbahn mit Kohle ist so gefährdet, daß zurzeit Verhandlungen zwischen dem Reichskohlenkommissar und dem Reichsverkehrsminister über Einschränkung des Verbrauches schweben. Alles hängt davon ab, ob und wann wieder Kohle aus Oberschlesien eintrifft, mit anderen Worten, wenn es der Entente gelingt, der wüsten Anarchie in Oberschlesien ein Ende zu machen.

Der Mord in der Malplaquetstraße.

Zehn Jahre Zuchthaus für den Täter.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, über deren Anfang wir in der Abendausgabe berichtet haben, brachte in ihrem Fortgang keine wesentlich neuen Momente. Sie ergab, daß der jugendliche Täter Knappe die Bekanntschaft einer Frau Köhn gemacht hatte, die auf Knappe einen derartigen Einfluß besessen haben soll, daß er sie in der Verhandlung als seinen bösen Geist bezeichnete, der ihm den Gedanken an den Diebstahl bei der ermordeten Chauffeurschefrau Meinhardt nahegelegt haben soll. Die Zeugin K. wies diese und andere Beschuldigungen mit größter Entrüstung zurück, wurde aber auf Gerichtsbeschluß nicht vereidigt.

Nach dem Gutachten des Medizinalrats Prof. Dr. Strauch ist der Tod der Frau Meinhardt an Erstickung erfolgt. Die Frau befand sich in einem hochschwangeren Zustande und ist anscheinend, als sie am Boden lag, von dem Angeklagten noch in rohester Weise mit Fußtritten bearbeitet worden. — Die als Zeugen vernommenen Eltern des Angeklagten bekundeten, daß dieser der vorletzte unter sieben Geschwistern sei, sich immer gut geführt habe, dann aber seit dem Verkehr mit Frau Köhn, den die Eltern vergeblich zu unterbinden sich bemüht haben, leichtsinnig geworden sei; er habe aber nicht von ihr lassen wollen. — Eine ganze Anzahl von Zeugen bekundeten Vorkommnisse, die auf ein gewisses Hörigkeitsverhältnis des Angeklagten zu der Frau Bezug hatten. Was den Geisteszustand des Angeklagten zur Zeit der Tat betrifft, so hat Prof. Dr. Strauch keine körperlichen noch sonstigen Anhaltspunkte dafür gefunden, daß seine freie Willensbestimmung bei der Tat im Sinne des § 51 ausgeschlossen gewesen wäre.

Staatsanw. Dr. Schneidewin führte den Geschworenen das Entsetzliche und Grausige dieser unerhörten Tat vor Augen, die so empörend sei, daß, wenn man nur seinen Gefühlen nachgehen dürfte, man in diesem Falle die Todesstrafe nicht als ungerecht empfinden würde. Die Geschworenen haben aber nicht nach dem Gefühl, sondern nach dem Recht zu urteilen und so könnten sie den Angeklagten nur wegen Todschlags bei Unternehmung eines schweren Diebstahls schuldig sprechen.

Rechtsanwalt Dr. Pröll bat die Geschworenen, sich los zu lösen von der Stimmung, die die Oeffentlichkeit infolge der entsetzlichen Tat des Angeklagten begreiflicherweise gegen ihn gewaltig eingenommen habe.

Auf Grund des Spruches der Geschworenen wurde der Angeklagte wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolg unter Versagung mildernder Umstände zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Erste Butterauktion in Berlin.

Ein originelles Auktionsverfahren.

Die Zwangswirtschaft für Butter hat am 1. Juni aufgehört, und die Verbraucher werden nun sehen, was der wiederbeginnende freie Butterhandel bringen wird. Gestern bot sich Gelegenheit, schon einer ersten in Berlin wieder stattfindenden Butterauktion beizuwohnen.

Die E. G. m. b. H. „Deutscher Butterauktionsverband" eröffnete mit der Versteigerung von etwa 1200 Zentner, hauptsächlich aus Oldenburg stammender Butter einen neuen Auktionssaal, den sie im Hause Mühlenstraße 31/32 eingerichtet hat. Neu ist hier auch die Benutzung eines „elektrisch-automatischen Versteigerungsapparates", wie er in Holland schon seit Jahren bei Versteigerungen von Landwirtschaftsprodukten gebraucht wird. Die Auktionsteilnehmer sitzen in Reihen auf numerierten Plätzen und jeder Kauflustige macht schweigend sein Gebot durch bloßen Druck auf einen an seinem Platz angebrachten Knopf einer elektrischen Leitung. Sie verbindet sämtliche Plätze mit einer im Saal weithin sichtbar aufgestellten Tafel, auf der sämtliche Platznummern verzeichnet sind und jedesmal bei Abgabe eines Gebotes die Nummer des Bietenden elektrisch aufleuchtet. Die Tafel stellt einen großen Kreis dar, in dessen Mittelpunkt sich ein Zeiger dreht, der den ausrufenden Auktionator ersetzt. Die Kreislinie ist in hundert Teile zerlegt, jeder Teil gilt 10 Pfennige, und der umlaufende Zeiger benennt durch stummen Hinweis den mit jedem Teil sich um je 10 Pfg. ändernden Bietungsbetrag. Wenn der Zeiger an denjenigen Betrag angelangt ist, den ein Kauflustiger daranwenden und bieten will, so drückt er an seinem Platz auf den elektrischen Knopf, worauf sofort der Zeiger stillsteht und die aufleuchtende Nummer den zu dem Betrag gehörenden Bieter angibt. Ausgegangen wird übrigens nicht von einem unteren, sondern von einem oberen Anfangspreis, und der Preis wird dann nicht überboten sondern unterboten. Ist durch ein abgegebenes Gebot der Zeiger zum Stillstand gebracht, so gilt das als Zuschlagserteilung, und eine weitere Unterbietung ist dann nicht mehr möglich. Wer da recht billig kaufen möchte und den Zeiger noch ein Weilchen weiter laufen lassen will, kann durch „zuvorkommende" Wettbewerber um die Kaufmöglichkeit gebracht werden. Wird selbst der Mindestpreis, den der Verkäufer zu haben wünscht, nicht geboten, so hemmt der Auktionator den Lauf des Zeigers und der Apparat zeigt den Warenposten als „unverkauft" an.

In der gestrigen Auktion kam das sehr oft vor. Der größere Teil der 1200 Zentner Butter, ziemlich zwei Drittel davon, blieb unverkauft, weil bei der Höhe des Mindestpreises — pro Pfund anfangs 17 M., später 18 M. — keine rechte Kauflust aufkommen wollte. Auf die ersten tastenden Gebote von 20 M. und 20,10 M. folgte ein rasches Abflauen. Gekauft wurde dann nur zu Preisen, die wenig über und manchmal sogar noch etwas unter den oben genannten Mindestbeträgen lagen. Auch die aufmunternde Erklärung: „Wir geben die Butter nur durch diese Versteigerung ab, freihändig wird nichts verkauft!" hatte nicht den gewünschten Erfolg. „Dann verdirbt sie!" brummte ein Kaufunlustiger, worauf prompt geantwortet wurde: „Was mit der Butter wird, ist unsere Sache."

Wo bleibt die billige Milch?

Bis zum 1. Juni wurde die Berliner Bevölkerung mit Kundgebungen der Milch-Großhändler überschwemmt, die sich nicht genug in Rechenkunststücken und in Entrüstungen über die Preispolitik des Milchamtes tun konnten. 3,50 M., so hieß es, sei das allerhöchste, was man den Konsumenten abfordern dürfe. Das war vor dem 1. Juni. Heute liegen bereits Nachrichten vor, daß man, besonders im Westen Berlins, 4,50 bis 5 M. für den Liter nehme, ohne daß eine Garantie geleistet werde, daß es auch Vollmilch sei. Die Zeit wird lehren, ob das Milchamt mit seiner Preispolitik und wir mit unseren Warnungen Recht behielten. Unsere Leser aber fordern wir auf, uns Mitteilung von allen Fällen zu machen, wo für den Liter Vollmilch mehr als 4 M. genommen wird.

Zum Kampfe um das Reichsschulgesetz.

Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Deutschlands trat am Dienstag im Reichstagsgebäude im Anschluß an die erste Plenarsitzung zusammen, um zu dem Entwurf des Reichsschulgesetzes Stellung zu nehmen. Es wurden diejenigen Mindestforderungen besprochen, die an ein solches Ausführungsgesetz zu stellen seien, insbesondere wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die Gemeinschaftsschule nach dem Entwurf zu einer verkappten Konfessionsschule werden könne, daß die Bekenntnisschulen den weltlichen Schulen gegenüber stark bevorrechtigt seien, daß die Auslegung des Begriffes „geordneter Schulbetrieb" sehr bedenklich sei, und daß im allgemeinen der Landesgesetzgebung ein viel zu weiter Spielraum gelassen werde. Es sollen bestimmte Grundsätze für die erforderliche Umgestaltung des Gesetzes formuliert werden, über die in einer auf Freitag einberufenen Sitzung Beschluß gefaßt werden soll.

Ergebnis der Elternbeiratswahlen in Neukölln.

Ueber das Wahlresultat vom 22. Mai d. J. wird uns von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Von 46 905 eingetragenen Wählern übten 11 684 ihr Wahlrecht aus = 24,8 Proz. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 136 ungültig. Es erhielten Stimmen: Unpolitische christliche Listen 6585 = 447 Vertreter, Listen der Schulreformer 480 = 27 Vertreter, SPD. 979 = 36 Vertreter, USPD. 1660 = 47 Vertreter, VKPD. 1844 = 53 Vertreter. Die sozialistischen Parteien hatten an den Schulen mit Religionsunterricht keine Wahlvorschläge eingereicht.

Frecher Betrug auf offener Straße. Gestern nachmittag hob das 15jährige Kontormädchen Lucie Grund im Auftrage seiner Firma bei der Filiale der Kommerz- und Disconto-Bank, Potsdamer Straße 1, den Betrag von 2500 M. in Scheinen ab und steckte die Summe in einen Briefumschlag. In der Nähe des Potsdamer Bahnhofes sprach sie ein Mann an, der angab, von der Bank ihr nachgeschickt worden zu sein mit dem Auftrage, das Geld noch einmal nachzuzählen. Das ahnungslose Mädchen ließ sich durch das sichere Auftreten des Mannes bestimmen, ihm das Kuvert in die Hand zu geben. Gleich darauf gab der Unbekannte dem Mädchen den Briefumschlag zurück mit dem Bemerken, daß alles in Ordnung sei, und ging schnell davon. Dem Mädchen waren inzwischen aber doch Bedenken aufgestiegen, es öffnete das Kuvert und sah zu seinem Entsetzen, daß der Umschlag lediglich Papierschnitzel enthielt. Auf die Hilferufe der Bestohlenen nahmen Passanten die Verfolgung des Täters auf, und es gelang auch einem der Verfolger, dem Arbeiter Ludwig Weidenfeld, den frechen Burschen zu ergreifen. Er wurde nach der Potsdamer Bahnhofswache geführt und hier als der 41 Jahre alte Kaufmann Alfred Balsat aus der Königsberger Straße 121 festgestellt. Das Geld konnte dem Mädchen zurückgegeben werden.

Es gibt wieder Vollbier. Mit dem 1. Juni haben die Brauereien das Recht erhalten, einstweilen 25 Prozent der gesamten Braumenge 12prozentig einzubrauen, während es bisher nur 8prozentiges Bier gab. Alle Freunde des Gerstensaftes, die ja auch unter den Deutschnationalen nicht gerade wenig sein sollen, werden zum mindesten diese Segnung des Friedens und der Republik gerne hinnehmen. Hätten wir heute noch den Krieg, den die Deutschnationalen so heiß ersehnen, so würden sie ihren Durst aus der Spree löschen können. Hoffentlich behalten aber die Abstinenten nicht Recht, die da meinen, die Brotversorgung des Deutschen Reiches sei noch keineswegs so, daß sie ein höherprozentiges Bier zulasse und daß infolgedessen Frauen und Kinder unter der höheren Einbrauung des Bieres leiden müssen.

Eröffnung zweier Flußbadeanstalten. Am 1. Juni wurden die beiden Flußbadeanstalten an der Ebertsbrücke und an der Mühlenstraße eröffnet. Die Eröffnung der übrigen Anstalten erfolgt in den nächsten Tagen, sobald die polizeiliche Abnahme durch das zuständige Wasserbauamt bewirkt worden ist. Die Benutzungszeit ist bis zum Beginn der großen Schulferien einstweilen auf 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends festgesetzt. Die Badepreise betragen 40 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Kinder.

Zeugen für den Vorfall am 26. April 1920 vor dem Grundstück Wilhelmsaue 114/115 in Wilmersdorf, wobei ein Mann durch einen Messerstich getötet wurde, werden ersucht, sich bei dem Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, Giesschiner Str. 110, nachmittags 4—6 Uhr, zu melden.

Volkshochschule Groß-Berlin. Heute Donnerstag, den 2. Juni, muß der Vortrag von Herrn Seidel über Betriebsräte in der Pasteurstr. 44/46 leider ausfallen. Der nächste Vortrag findet am Donnerstag, den 9. Juni, statt.

Um Oberschlesien! Dieses Thema soll morgen Donnerstag abends 8 Uhr im Café Sanssouci in Potsdam in einer von den drei Regierungsparteien einberufenen öffentlichen Volks-

---

78]

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

Sie starte zu ihm hinüber, ganz sonderbar war ihr zumut — sie hielt sich versteckt hinter der blühenden Geranie, damit er sie nicht sehen solle — und starte. Er packte besser zu bei der Arbeit als zu Hause, aber froh sah er nicht aus. „Er hat meinetwegen hier Arbeit angenommen," dachte sie; und ein neues Gefühl durchströmte sie, während sie den Fußboden fegte, ein Gefühl des Stolzes. Sie war nicht länger eine, die bloß einfach mißbraucht worden war und nun in der Schande saß, sie hatte einen Sieg errungen! Worin er im Grunde bestand und wozu er vielleicht führen konnte, das machte sie sich nicht klar, sie begnügte sich mit dem Gefühl allein.

Gewöhnlich war sie nun in der Stube und hatte die Augen bei ihm. „Was sollst du denn anfangen, wenn er kommt und mit dir reden will?" fragte sie ängstlich. Sie liebte ihn ja nicht einmal! Es befriedigte sie völlig, daß er hierher gewollt hatte; Verlangen danach, mit ihm zu reden, verspürte sie nicht.

Er sah auch gar nicht nach dem Hause hin, sondern ging seiner Arbeit nach; zur Mittagszeit kehrte er die Schubkarre um, packte aus einem Knüpftuch Butterbrote aus und begann zu essen. Die Schubkarre war sein Tisch. Stine konnte ihn von ihrem Platz am Tische aus sehen. Es war doch sonderbar, ihn dort so einsam sitzen und kauen zu sehen — um ihretwillen, die in seiner Mutter Hause gedient, seinen Tisch gedeckt und sein Bett zurecht gemacht hatte! Ja, er hatte noch ein größeres und stärkeres Hausherrnrecht über sie. Stine fühlte es dunkel über sich, fühlte einen dumpfen Trieb, hinauszulaufen und zu rufen: „Bitte schön, komm herein und iß, Karl!"

Am folgenden Tage war er wieder da drüben bei seiner Arbeit, und so ging es weiter; es hieß, er habe die ganze Erdarbeit bei dem Villengarten übernommen und wohne in einem Strohschuppe beim Krug. Er führte seinen eigenen Haushalt, wusch selbst auf und lebte von trockener Kost. Das mußte ein trübes, einsames Dasein sein. Guten Tag zu sagen, kam er nicht — er hatte ja seine sonderbaren Ideen; vielleicht befürchtete er allerdings auch, daß man ihm die Tür weisen werde. Aber des Abends spukte er in der Nähe des Hauses umher. Stine war noch nicht draußen gewesen, die Angst vor dem Gerede der Leute hielt sie eingesperrt; aber sie spürte es an Bemerkungen der anderen Geschwister. Die kannten ihn und wußten Bescheid, wie sie sah; sie machten einen weiten Umweg um seinen Arbeitsplatz herum. Das hatte Christian gewiß veranlaßt.

Lars Peter war ärgerlich. „Was zum Henker will er hier?" sagte er zu Sörine. „Er macht uns vor dem ganzen Dorf lächerlich, wenn er da im Dunkeln herumrennt, man sollte doch meinen, daß er sein Teil erreicht hat."

„Er hat's wohl gut gemeint, als er sich hier nach Arbeit umgesehen hat," sagte Sörine. Mochte es nun daran liegen, daß er der Sohn eines Hofbauern war, oder mochte sie zu schwach sein, um sich noch über etwas aufzuregen — man merkte, daß sie die Dinge versöhnlich beurteilte.

„Gut gemeint! Danke schön . . . so ein Schwachkopf! Wäre er wenigstens richtig im Kopf — aber dann könnten wir sicher im Schornstein nach ihm suchen. Das Mädel muß gewiß dem lieben Gott dankbar sein, wenn er sie vor ihm bewahrt — und verrückt ist sie ja auch nicht gerade nach ihm, soweit einer sehen kann. Der Henker soll wissen, wie sie sich an so einer Ablaufröhre hat verbrennen können!"

*

Sie saßen beim Abendbrot — es gab Fischragout; es hielt schwer in diesem Sommer, etwas vom Krugwirt zu bekommen, so daß man täglich dreimal Fisch essen mußte. Aber Sörine hatte es fertig gebracht, sich ein kleines Stück geräucherten Speck zu sichern — sie hatte es sich sozusagen oben beim Landkaufmann erhustet; wenn der Husten sie so richtig packte, so steckte ihr der Krugwirt etwas zu, bloß damit sie sich aus dem Staube machte. Von diesem Speck hatte sie etwas dazu getan, und die kleinen Würfel gaben dem Fisch einen großartigen Geschmack nach Geräuchertem. Es lag Andacht über der Mahlzeit aus diesem Anlaß.

Der Zwilling — Rasmus hieß er, aber er wurde nur Ras genannt — saß auf Lars Peters Schoß; er war ja der Kleinste. Die Mutter hatte sich seither nicht gemeldet, und nun hatte man ihn einmal! . . . Es war ganz spaßig, wieder ein Kind auf dem Schoß zu haben, Lars Peter hatte das in den letzten Jahren sehr vermißt; Paul bildete sich ein, er sei zu groß, und genierte sich. Aber Ras konnte es wohl leiden. „Meine Mutter ist nicht zu Hause!" wiederholte er nach jedem Bissen mit tiefer Stimme . . . es schwebte ihm wohl noch etwas vor. Aber sonst war er sehr guter Laune. Er war drei Jahre.

„Deine Mutter sitzt doch da drüben," sagte Lars Peter und zeigte auf Sörine. Aber der Knabe schüttelte den Kopf.

Sörine nahm mehr Fisch auf ihren Teller, das war ihre Antwort. Sie verschwendete überhaupt nicht gerade gute Worte oder Liebkosungen; aber sie sorgte ebensogut für den Zwilling wie für ihre eigenen Kinder. „Sie ist ein gutes Mütterchen," sagte Lars Peter, als sie einen Augenblick in die Küche hinausging. „Sie kann es nur nicht so in Worten zeigen." Er wollte gern, daß die Kinder sie lieb gewönnen, und benutzte jede Gelegenheit dazu, auf ihre guten Seiten zu zeigen . . . es gab ja noch allerlei Widerstände zu überwinden. Auch die Kinder hatten sie gewissermaßen lieb, mißtrauisch waren sie nicht mehr, und sie gehorchten ihr. Stines Mißgeschick war Sörine zugute gekommen, das Mädel war nicht mehr der Kinder ein und alles. Aber das Vertrauen der Kinder hatte sie nicht, und sie ließ es sich auch nicht angelegen sein, es zu erwerben. Am glücklichsten schien sie, wenn man sie sich einspinnen ließ, und sie schien die anderen Menschen nicht zu entbehren, nicht einmal Lars Peter. „Sie geht umher, als hätte sie dem Ganzen schon Lebewohl gesagt," sagte Lars Peter oft bedrückt. Aber er sagte es nicht laut.

Sie waren fertig mit dem Essen; Lars Peter schaute nach dem See, es dämmerte stark. „Wo mag Christian bleiben?" sagte er und begann, die Pfeife zu stopfen. Das bedeutete, daß er einen Gang nach dem Hafen machen würde; in der Stube rauchte er nie, aus Rücksicht auf Sörine. In diesem Augenblick kam Christian. Er warf seine Mütze in die Ecke und schob sich auf die Bank hin; man konnte sehen, daß er kriegerisch gestimmt war.

„Warum kannst du nicht rechtzeitig kommen?" sagte Stine zurechtweisend; es war bald zu toll mit den Launen des Jungen! Christian antwortete nicht, fing dagegen an, in das Essen einzuhauen. Als er seinen ärgsten Hunger gestillt hatte, hob er den Kopf. „Da drüben steht einer hinterm Spritzenhaus," sagte er in die Stube hinein. „Er fragte mich, ob ich es nicht zu Hause sagen wollte — aber ich dürfe es niemand hören lassen," sagte er. Bei den letzten Worten starrte er schadenfroh auf Stine.

(Forts. folgt.)

versammlung behandelt werden. Jede Partei stellt einen Redner.

Krankenmilch und Krankenbrot. Der Magistrat beschloß in der gestrigen Sitzung die Ausgabe von Krankenmilch auf Grund ärztlicher Zeugnisse noch bis zum dreißigsten Juni, die Krankenbrotversorgung noch bis Mitte August fortbestehen zu lassen. Die Vertrauensärzte haben diese Maßnahme nicht nur gebilligt, sondern sie ausdrücklich befürwortet.

Ein Opern- und Operettenabend wird das nächste städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters sein und zwar am Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße. Dirigent: G. Mehrowitz. Karten à 1,50 Buchhandlung Vorwärts usw. sowie Abendkasse.

Die 22. Brotkommission, Bergmannstr. 28/29, wird am 17. Juni dieses Jahres nach Bergmannstr. 60/65 verlegt, und dort mit der 25. Brotkommission vereinigt. Die vergrößerte 25. Brotkommission wird eröffnet am 18. Juni d. J. und wird von Rektor Schlichting geführt. — An Stelle des verstorbenen Vorsitzenden der 168. Brotkommission Rektor Sporleder tritt Rektor der 208. Gemeindeschule A. Klein, Gotenburger Straße 2.

Bezirksbildungsausschuß.

Am Sonntag, den 5. Juni, besichtigen die Mitglieder des erweiterten Bildungsausschusses die Ausstellung „Vier Jahrhunderte Naturwissenschaften in Autographien und Dokumenten" in der Preußischen Staatsbibliothek, Unter den Linden 38. Treffpunkt vormittags 10 Uhr vor dem Gebäude.

Die Bestellungen auf Eintrittskarten für die drei Vorstellungen im Staatlichen Schauspielhaus bitten wir recht bald, allerspätestens bis zum 8. Juni, dem Bureau des BBZ. bekanntzugeben. Aufgeführt werden am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, „Torquato Tasso" von Goethe, am Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, „Flachsmann als Erzieher" von Otto Ernst, am Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 3 Uhr, „Das Glück im Winkel" von Sudermann.

Sport.

Rudleben. 1. Rennen: 1. Wilhelmina (Mb. Freundt), 2. Rautendelein I (G. Lichtenfeld), 3. Nordson (B. Lemzor), 4. Eidschaft, 5. Scholar I, 6. Eduard I, 7. Handfest. Tot.: 44 : 10, Pl. 17, 19, 62 : 10. Ferner liefen: Friedensware, Gogener, Goldstern, Derfflinger I, Mac Gregor, Kammerfritz. — 2. Rennen: 1. Zimmersort (Großmann), 2. Ludmill I (G. Lautenberg), 3. Simpel (L. Weise), 4. Lumpi, b. Jalus I. Tot.: 22 : 10, Pl. 12, 15, 13 : 10. Ferner liefen: Quäcker, Gulyas, Zola River. — 3. Rennen: 1. Morgenwind (Kraus), 2. Holsteinerin II (Frömming), 3. Volkslied (Höhne). Tot: 334 : 10, Pl. 38, 25, 34 : 10. Ferner liefen: Mitrowica, Harder, Basalt, Quecksilber I, Hindenburg II, Turbinellus, Deborah B., Allertouy, Mädel, Pollux H., Seewind, Cybina. — 4. Rennen: 1. Pistole (Großmann), 2. Quostell (Weidmüller), 3. Marsch. Hindenburg (G. Lautenberg). Tot.: 60 : 10, Pl. 27, 17, 42 : 10. Ferner liefen: Auktionator, Gerard A., Crocus, Kartenfels, Long Pauline, Albanier, Zufall, Albatros, Dr. Cholsea. — 5. Rennen: 1. Feuerwehr (E. Treubert), 2. Manfred (Weidmüller), 3. Angriff (Steinagel). Tot.: 25 : 10, Platz 18, 27 : 10. Außerdem liefen: Freundin I und Lagune. — 6. Rennen: 1. Zibel (F. Schmidt), 2. Perry R. (B. Schuller), 3. Lucie H. (Kraus). Tot: 54 : 10, Pl. 16, 21, 15 : 10. Ferner liefen: Hidalgo II, Long Carl, Long Direkt, Kronprinz. — 7. Rennen: 1. Draufgänger (Herm. Schleus), 2. Lovasz (Weidmüller), 3. Bolt (F. Freundt). Tot.: 28 : 10, Pl. 12, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Allenstein, Naomi Azworthi, Dornröschen. — 8. Rennen. 1. Respekt (Steinagel), 2. Feuerball (Stoger), 3. Tyerna (Weidmüller). Tot.: 31 : 10, Pl. 14, 16, 15 : 10. Ferner liefen: Freiburg, M., Fiott, Sahar, Hauslehrer, Doppelgänger, Erbtochter, Sigurd, Preksa.

Arbeitersport.

Arbeiter-Angler! In einer am Montag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, stattfindenden Delegierten-Versammlung soll die Vereinigung des seit kurzer Zeit bestehenden Arbeiter-Anglerbundes mit dem Märkischen Anglerbund herbeigeführt werden. An dieser Versammlung können auch Delegierte interessierter Vereine sowie Einzelangler teilnehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 2. Juni:

4. Abt. 7½ Uhr bei Rickert, Steinmetzstr. 36a, Versammlung der Elternbeiräte. Referent Genosse Dr. Hartstein. Alle sozialistischen Eltern sind eingeladen.

21. Abt. 7½ Uhr bei Pfeiffer, Hausburgstr. 2, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiratsmitglieder.

77. Abt. Schöneberg. 7½ Uhr Elternabend der 6. und 7. Gemeindeschule in der Aula der Hohenzollern-Schule, Belziger Str. 43. Thema: „Die Gartenbauschule". Referent Rektor Henn. 2. Vortrag über „Schillerversuche". Referent Generalvertreter Sommer-Elding. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. 8 Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Berner Straße, Versammlung der Eltern der vom Religionsunterricht befreiten Kinder. Tagesordnung: „Was ist erreicht, was bleibt zu tun?" Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Jungsozialisten. Gruppe Friedrichshagen: 7½ Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 81. Thema: „Das Erfurter Programm". Referent Genosse Aßmann. — Gruppe Friedrichshain: 7½ Uhr im Konferenzzimmer der Gemeindeschule, Strahmannstr. 8. — Gruppe Neukölln: 7½ Uhr im Jugendheim Kogatzstr. 56. Thema: „Die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus". — Gruppe Tempelhof-Mariendorf: 7½ Uhr bei Radzuweit, Werder-, Ecke Viktoriastraße. — Gruppe Treptow: 7½ Uhr im Jugendheim Elsenstr. 8, Vorbesprechung für Bielefeld. — Gruppe Süden: 7½ Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vorbesprechung für Bielefeld.

Morgen, Freitag, den 3. Juni:

14. Kreis Neukölln-Britz-Buckow-Rudow. 7 Uhr Funktionärversammlung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 210.

131. Abt. Niederschönhausen. 7 Uhr Oeffentliche Elternversammlung in der 1. Gemeindeschule, Blankenburger Str. 70/71. Thema: „Die Paulsenschen Schulreformpläne". Referentin Genossin Dr. Wegscheider-Ziegler, M. d. L.

10. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Wolff, Forster Str. 44.
11. Abt. 7 Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes und der Bezirkskassierer bei Geißler, Skaliger Str. 59.
14. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte bei Krüger, Engelufer 13.
15. Abt. 8 Uhr bei Tötscher, Neue Friedrichstr. 108, Sitzung sämtlicher Vorstandsmitglieder und Bezirksführer sowie politischer Vertrauensleute.
18. Abt. 318., 319., 320., 324., 325. und 327. Bezirk, pünktlich 8 Uhr Zusammenkunft bei Heese, Memeler Str. 43.
19. Abt. 8 Uhr bei Schanuch, Samariterstr. 8, Ecke Rigaer Straße, Sitzung der Abteilungsleitung und Bezirksführer. Tagesordnung: Abteilungsangelegenheiten.
20. Abt. 7½ Uhr Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte bei Jurkat, Lotzestr. 10.
24. Abt. 7 Uhr Vorstandssitzung mit den Gruppenführern bei Winzer, Christburger Str. 9. Erscheinen unbedingt erforderlich.
25. Abt. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Heidler, Georgenkirchstr. 36.
32. Abt. 7 Uhr Elternversammlung in der Schulaula Greifenhagener Str. 58/59 der Gemeindeschulen 249 und 261. Thema: „Die Paulsenschen Schulreformpläne". Referent Genosse Kreutziger. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, an der Versammlung teilzunehmen.
41. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Schmidt, Stromstr. 41.
78. Abt. Schöneberg. 7½ Uhr erweiterte Vorstandssitzung im Klassenzimmer 14 der Gemeindeschule Feurigstr. 57. Pünktliches Erscheinen notwendig.
79. Abt. Schöneberg. 7½ Uhr erweiterte Vorstandssitzung im Lokal von Rosenau, Hohenfriedberg-, Ecke Kolonnenstraße. Erscheinen dringend notwendig, da wichtige Tagesordnung vorliegt.
103. Abt. Oberschöneweide. 8 Uhr Kommunale Konferenz im Luisenhof. Thema: „Wohlfahrtspflege". Referent Genosse Lehrer Goetze.
114. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr Funktionärkonferenz im Lokal Schwarzer, Gabriel-Max-Str. 17.
117. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr Funktionärkonferenz im Lokal von Zandereit, Prinz-Albert-Straße. Alle Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute müssen erscheinen.
128. Abt. Pankow (Arbeitsgruppe). 7½ Uhr bei Rosoll, Florastr. 35, Ecke Mühlenstraße, Sitzung des Arbeitsgruppenvorstandes mit den Vertretern der Bezirksverordneten, der Frauen, der Jugend und Obmännern der Agitationskommission und des örtlichen Bildungsausschusses.
130. Abt. Reinickendorf-Ost. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Retzer, Provinzstr. 108, Ecke Pankower Allee. Vorher, 6 Uhr, engere Vorstandssitzung.

Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg-Friedenau: 7½ Uhr bei Riese, Akazienstraße 14. Thema: „Berliner Schulfragen". Referent Kurt Löffler.

Achtung, SPD.-Eisenbahner! 6½ Uhr wichtige Besprechung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Spandau. Achtung, Betriebsvertrauensleute, Betriebsräte und Vertrauensleute der Beamten! Nachmittags 4 Uhr Versammlung im Saal des Hotels „Zum Stern", Potsdamer Straße. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ist das Erscheinen unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch und -karte legitimiert.

Erinnerungen an die Kapptage.

Leinert gegen Katz u. Co.

Der Landtag setzte gestern nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen die Besprechung der großen Anfrage Siering und Gen. über die Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetzes fort.

Abg. **Goll** (Dem.): Eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Reich, Staat und Gemeinden über die Steuerquellen ist absolut notwendig. Größte Sparsamkeit ist geboten.

Abg. **Leid** (U. Soz.): Viele Gemeinden sind vollkommen bankerott, nicht zum wenigsten wegen des ungenügenden Kommunal-Abgabengesetzes. Mit der Reform des Kommunal-Abgabengesetzes ist es aber allein nicht getan. Wir kommen um eine gründliche Reform nicht mehr herum. Den Gemeinden sind während des Krieges vom Reiche ungeheure Lasten aufgebürdet worden. Auch heute noch müssen sie Aufwendungen machen, für die das Reich an sich zuständig ist. Dabei denkt das Reich gar nicht daran, diese Gelder zurückzuerstatten. In absehbarer Zeit ist eine gesunde Finanzpolitik überhaupt nicht möglich. Der Ruf nach Sparsamkeit muß wie ein Hohn wirken, da in der letzten Zeit für soziale Zwecke überhaupt nur ganz geringe Mittel ausgegeben worden sind. Der Antrag Allegoer ist für uns unannehmbar. Daß die Besitzenden für die Allgemeinheit keine Opfer bringen wollen, beweist ihr Kampf in Berlin gegen die geplante Wohnungsluxussteuer. Bei der Reform des Kommunal-Abgabengesetzes wünschen wir, daß den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, die Steuern

nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln.

Wann kommt endlich das Kommunalisierungsgesetz?

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtschp.): Das alte preußische Verwaltungssystem mit seiner engen Verbindung zwischen Gemeindevertretung, Reichs- und Provinziallandtag sicherte eine vernünftigere Finanzpolitik, als sie heute verfolgt wird, wo jede Körperschaft für sich Ausgaben über Ausgaben macht, ohne sich darum zu kümmern, ob und wie sie durch Einnahme gedeckt werden.

Abg. Leinert (Soz.):

Herr Katz hat hier gestern verschiedene Behauptungen aufgestellt, die mit der Wahrheit nicht in Einklang stehen. Die Sozialdemokraten haben, auch mit den Demokraten zusammen, nicht die Mehrheit in der Hannoverschen Stadtverordnetenversammlung. Herr Katz ist seinerzeit mit auf die sozialdemokratische Liste gewählt worden, hielt es aber trotz seiner verschiedenen Uebertritte zur Unabhängigen und dann zur Kommunistischen Partei nicht für nötig, sein Mandat seinen Wählern, deren Vertrauen er nicht mehr besaß, zur Verfügung zu stellen. In der Stadtverordnetenversammlung sagte kürzlich ein Vertreter der Rechten mit Recht zu Herrn Katz: „Herr Katz, Sie können jetzt keine andere Partei mehr finden, bitte kommen Sie zu uns." (Stürmische Heiterkeit.) Der Abg. Katz hat erklärt, die Stadt Hannover habe die Sparkasse so ausgenutzt, daß die Sparer um ihr Geld betrogen worden seien. Er weiß sehr wohl, daß, wenn das Vertrauen in die Gemeindeeinrichtungen bei der Bevölkerung geschwunden ist, wie in München, die Räterepublik errichtet werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Widersprüche b. d. Komm.) Während des Krieges hat der Minister des Innern den Sparkassen eine gewisse Freiheit in der Hergabe von Geld für Gemeindezwecke gelassen. Das ist auch in Hannover geschehen. Aber die vorgeschriebenen 35 Proz. sind von der Stadt Hannover nicht einmal voll ausgenutzt worden. Herr Katz hat mich als Vorsitzender der Orgesch (Zuruf des Abg. Katz (Komm.): Ortsschutz habe ich gesagt) bezeichnet. In Hannover war seinerzeit eine **Einwohnerwehr nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern** geschaffen worden. Sie ist jetzt beseitigt und ihre Waffen restlos abgegeben worden. (Lachen und Widerspruch des Abg. Katz.) Wenn Herr Katz das bezweifelt, dann muß ich daraus schließen, daß Herr Katz Waffenlager kennt. Das sind aber sicherlich nicht Waffen der Einwohnerwehr. (Lachen b. d. Soz.) Da die Unsicherheit in Hannover ebenso wie in anderen Städten beträchtlich wuchs, hat die Kommune eine Organisation schaffen müssen, zum Schutze der Bürger, da der Staat Leben und Eigentum der Bürger nicht genügend schützen konnte. Sie übt aber lediglich eine Ueberwachungstätigkeit aus. Ueber Waffen verfügt sie nicht, nur ist sie gegen Diebe und Räuber mit Gummiknüppeln ausgerüstet. (Gelächter b. d. Komm.) Sie (z. d. Komm.) scheinen sich mit Dieben und Einbrechern zu identifizieren. Der Eintritt in diese Organisation steht jedermann offen. (Zuruf des Abg. Katz: Unabhängige und Kommunisten ausgeschlossen.) Wir haben aus allen Parteien einen Ausschuß eingesetzt, der diese Organisation überwachen soll. Wenn ihm die Unabhängigen und Kommunisten nicht angehören, so wegen ihrer, abgesehen von ihren großen Reden, geringen Bedeutung im Stadtparlament. In der Organisation befindet sich kein General, überhaupt kein Mann mit militärischer Vergangenheit; sie ist keine Orgesch und trägt keinen politischen Charakter. Der Abg. Katz hat es auch für nötig gefunden,

meine Tätigkeit während des Kapp-Putsches

zu kritisieren. Als ich zum Staatskommissar ernannt worden war und erfuhr, daß Herr Katz von meinem Vorgänger verhaftet worden war, habe ich es, im Interesse der Erhaltung unserer Republik nicht verantworten zu können geglaubt, ihn bei den damaligen aufgeregten Zeiten aus der Haft zu entlassen. Als die Gefahr vorüber und Ruhe und Ordnung sichergestellt waren, habe ich sofort die Freilassung des Abg. Katz erwirkt. Herr Katz hat dann von einer, angeblich in Hannover einzuführenden

Milchsteuer

gesprochen. Tatsächlich sollen durch den Uebergewinn dieser Milchpreiserhöhung Summen erzielt werden, die den Milchpreis für die bedürftige Bevölkerung herabzusetzen imstande sind. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses. Unruhe bei den Kommunisten.)

Abg. **Katz** (Komm.): Sie sagen, der Selbstschutz diene gegen Diebe und Räuber. Die Sozialdemokraten vergessen, daß unter den sogenannten Dieben und Räubern auch viele Opfer der kapitalistischen Gesellschaft sind. Wenn Sie, Herr Leinert, jetzt Oberbürgermeister sind und es nicht mehr nötig haben, zu stehlen ... (minutenlanges schallendes Gelächter.) Sie, Herr Leinert, verdienen den Namen Orgeschgeneral und Kappistenfreund. Ich gönne Ihnen den Beifall, den Sie auf der Rechten gefunden haben. (Lachen und Lärmen. Beifall.)

Abg. Leinert (Soz.):

Zur Klarstellung: Herr Katz stellt es so dar, als hätten wir in Hannover Kindermord getrieben. Wie liegen die Dinge? **Die Milch kostet in Hannover gegenwärtig 2,40 M. und wird später 2,20 M. kosten.** Was meine Rolle im Kapp-Putsch betrifft, so ist zu sagen, daß die Verhältnisse in Hannover damals außerordentlich schwierig lagen. Die Deutschhannoversche Partei glaubte den Augenblick zur

Errichtung der Republik Hannover

für gekommen. **Die Welfen trugen mir die Präsidentschaft der zu gründenden Republik an.** Wenn heute die Welfen und die Kommunisten gegen mich groß wettern, so ist das für mich ein Beweis, daß ich damals, als ich die Pläne der Kommunisten und Welfen vereitelte, richtig gehandelt habe.

Abg. **Biester** (Dtsch.-Hann.): Das Blut, das in Hannover geflossen ist, ist auf das Konto des Herrn Leinert zu setzen. Herr Leinert war der einzige, der über das Heranrücken des kappistischen Hindenburg-Bataillons unterrichtet war. Herr Leinert stellt hier gerichtsnotorische Behauptungen auf. Er hat Briefe aus einer verlorengegangenen Mappe veröffentlicht, die wertvolle Ledermappe ist aber nicht zurückgegeben worden. (Unruhe und Gelächter.)

Abg. **Leinert** (Soz.): Die ungeheuerliche Behauptung, daß ich an dem Blutvergießen in Hannover schuld hätte, muß ich entschieden zurückweisen. Ich habe von dem Einmarsch des Hindenburg-Bataillons erst vernommen, als die Unruhen erfolgten. (Zuruf des Abg. Katz: Lügen-Leinert! Vizepräsident Dr. Garnich: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich den Abg. Katz zur Ordnung. Abg. Katz: Danke! Großer Lärm. Rufe: Lump!) Der Abg. Biester hat dann bestritten, daß die Welfen mich zum Präsidenten der Hannoverschen Republik machen wollten. Wenn Sie, Herr Biester, in Ihrem Herzen noch einen Funken Ehrfurcht vor einem Eid haben, ersuche ich Sie, daran zu denken, daß ich in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung in Hannover die von Ihnen bestrittene Behauptung unter meinem Eid aufgestellt habe. Es sollte Ihnen doch nicht schwer fallen, einen Eid höher einzuschätzen, als Mitteilungen von Unbeteiligten. An dem entscheidenden Tage waren bei mir der Generalsekretär und der Geschäftsführer der Deutschhannoverschen Partei, die mir erklärten,

eine Umwälzung in Hannover sei nicht mehr aufzuhalten,

zumal andauernd aus dem Lande Deputationen einträfen. Sie waren bei mir erschienen, um mich aufzufordern, mich an der Aufrichtung der Hannoverschen Republik zu beteiligen. Später erklärte man von dieser Seite. Wir haben Herrn Leinert die Hand gereicht, aber nicht einmal den kleinen Finger bekommen. (Anhaltende Bewegung. — Rufe: Wo bleibt der Staatsanwalt!) Die gerichtliche Aufklärung der Sachlage ist durch die Amnestie verhindert worden. **Ferner ist unbestreitbar, daß Abgesandte der welfischen Partei bei dem französischen General in Mainz gewesen sind, um die Wiederherstellung der hannoverschen Selbständigkeit mit Hilfe des Auslandes zu erreichen.** (Lebhafte Pfuirufe rechts.) Mainzer Berichterstatter haben diese Nachricht an den „Figaro" und andere Blätter übermittelt. Ich habe in der Tat Briefe von hannoverschen Adligen, in denen von einer **Wiederherstellung der hannoverschen Monarchie** gesprochen wurde, veröffentlicht. (Anhaltende Bewegung.) Diese Briefe habe ich von einem Abgeordneten der Preußischen Landesversammlung erhalten, der sie mir in meiner Eigenschaft als Mitglied der Preußischen Landesversammlung gegeben hat. Ich bin, wie es auch jeder andere getan hätte, wenn er an meiner Stelle gewesen wäre, verfahren, ich habe sie politisch benutzt, wie es mir geboten erschien. Von einer Mappe weiß ich nichts und habe auch nach der Herkunft der Briefe nicht gefragt. Der Erfolg der Veröffentlichung war der Rückgang der Deutsch-Hannoverschen Partei bei den letzten Wahlen um 40 000 Stimmen. (Beifall bei den Soz.)

Danach wird ein Schlußantrag angenommen und der Antrag über Verwendung der Realsteuern an einen verstärkten Ausschuß von 29 Mitgliedern überwiesen.

Reaktionärer Sturm gegen Groß-Berlin.

Es folgt die Beratung des Antrags Lüdicke (Dn.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin und die Beschränkung der Zentralgewalt. Weiter wird gefordert Beschränkung des räumlichen Umfanges von Groß-Berlin. Dazu liegt ein Zusatzantrag Dr. v. Krause (D. Vp.) vor, der den Bezirken eine Reihe von Selbstverwaltungsangelegenheiten sichern will, u. a. das höhere und niedere Schulwesen, mit Ausnahme des Fachschulwesens usw. Die zur Verwaltung dieser Angelegenheiten erforderlichen Mittel sollen teils durch den Bezirken überlassende Steuern, teils durch Dotationen der Stadtgemeinde Groß-Berlin aufgebracht werden.

Abg. **Koch**-Berlin (Dn.): Groß-Berlin hat in einem Jahre so viel Geld verwirtschaftet wie in den vorangegangenen 5 Kriegsjahren. Am 1. April 1921 haben die Schulden Groß-Berlins 5 Milliarden überschritten. Das wird so weitergehen, wenn die verderblichen Folgen des Gesetzes Groß-Berlin weiter wirken. Die Stadt Berlin wagt es sogar, eine Bürgschaft von 8 Millionen Mark für die Freie Volksbühne zu übernehmen! (Hört! hört!) Mit einem unglaublich blutigen Dilettantismus wird im hiesigen Magistrat auf Kosten der Steuerzahler gearbeitet. Die KVG. (Kleiderverwertungsgesellschaft), das Anschaffungsamt, das Neuköllner Bekleidungsamt sind Kapitel für sich. Es wird einfach darauf los kommunalisiert. 5000 Arbeiter werden zuviel beschäftigt. Berlin steht eben unter dem Terror der Betriebs- und Arbeiterräte. Diese Zustände erfordern schleunigste Abhilfe.

Abg. Hirsch (Soz.):

Herr Koch weiß anscheinend nicht, daß bereits die alte preußische Regierung das Eingemeindegesetz erstrebte. Herr Koch hielt bei seinen Ausführungen nicht klar auseinander, was auf das Konto des alten Berlin und was auf das Konto des neuen Berlin gehört. Ein großer Teil der Sünden, die der Abg. Koch der neuen Berliner Magistratsverwaltung vorwirft, muß der früheren Stadtverwaltung angekreidet werden. Die Sozialdemokraten waren auf Grund des wunderbaren Klassenwahlsystems im Magistrat überhaupt nicht und in der Stadtverordnetenversammlung nur in der Minderheit vertreten. Herr Koch sprach von den steigenden Schulden. Die Finanzkalamität ist aber erstens nicht bloß eine besondere Eigenschaft Groß-Berlins, und zweitens ist zu berücksichtigen, daß die bedauerliche Entwicklung eine durchaus leicht verständliche Erklärung findet. Während des Krieges kamen die Finanzen völlig in Unordnung, und die Folgen des Krieges wirkten auf die Revolutionszeit stark nach. Die Zahlen, die der Abg. Koch hier vorbrachte, stimmen aber nicht. Er stellt sich hier her und erklärt ohne irgend welchen Beweis, daß der Schuld in Höhe von rund 6 Milliarden nur ein realer Wert von nur 3 Milliarden gegenüber stehe. Herr Koch meinte weiter, in Berlin bewillige die kommunistisch-sozialistische Mehrheit ohne viel Bedenken über Millionen. Wie ist aber der Sachverhalt? Bei den sechs Millionen für die Schwerarbeiter liegt ein Schiedsspruch vor, gegen den Berlin gar nichts machen kann. Und bei dem Geld, das für die Unterbringung unterernährter Kinder auf dem Lande aufgewandt werden muß, liegt die Sache doch so, daß doch nicht erst gewartet werden kann, bis die Geldfrage völlig geregelt ist. Herr Koch ruft uns zu, wir verausgabten das Geld, bevor es beschafft sei. Jawohl, Herr Koch, in diesem Falle tun wir das, weil

jedes Warten ein Verbrechen

wäre. Herr Koch weiß aber genau, daß der Oberbürgermeister sich die größte Mühe gibt, daß ein brauchbarer Etat vorgelegt werden kann. Dann die Notwohnungsfrage! Früher, in den guten Zeiten, da dachten weder Herr Koch, noch seine Freunde daran, durch Neubauten den Wohnungsspielraum zu vergrößern. Wenn die Sozialdemokraten die kommunale Bautätigkeit fördern wollten, dann waren die Herren von der Rechten, die sich heute so ereifern, die Hauptschreier. Millionen und aber Millionen könnten heute gespart werden, wenn die scharfen Kritiker auf der Rechten früher etwas geleistet hätten. Also, meine Herren von der Rechten, Ihre Vorwürfe sind etwas sehr unangebracht. Schließlich das alte Klagelied, daß in Berlin zu viel Arbeiter und Angestellte beschäftigt seien. Sie wissen, auch dieses Uebel haben wir vom Krieg geerbt. Sollen wir in einer Zeit mit so großer Arbeitslosigkeit noch mehr Leute auf das Pflaster werfen? Herr Koch sprach dann verächtlich von dem blutigen Dilettantismus, der in Berlin in der Verwaltung heute zu Hause sei. Er spricht davon, daß die Krankenhäuser heute von den Betriebs-

räten verwaltet würden, daß überall Generaldirektoren eingesetzt würden und dergleichen. (Zuruf links: Wo? Der Abg. Koch schweigt.) Es fällt uns nicht ein, zu sagen, in Berlin sei alles schön und gut. Natürlich sind Mängel vorhanden. Wir wollen auch nicht, daß in Berlin ein Ueberzentralismus Orgien feiert und die Verwaltungstätigkeit durch Verärgerung hemmt. Zum Schluß: Noch ist es nicht an der Zeit, das Gesetz über Groß-Berlin so im Handumdrehen wieder abändern zu wollen. Lehnen Sie die beiden Anträge der Rechten deshalb ab. Glauben Sie nicht, daß es in Berlin so schlimm ist, wie die reaktionäre Agitation es hinstellt. Berlin hat Schwierigkeiten, große Schwierigkeiten, aber sie wird sie überwinden.

Abg. Dr. **Leidig** (D. Vp.) fordert schleunige Reorganisation Groß-Berlins. Die Schaffung einer finanziellen Verantwortlichkeit ist dringend geboten.

Abg. **Faßbender** (Z.): Die Anträge müssen im Ausschuß gründlich erörtert werden.

Die Besprechung wird abgebrochen.

Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte über die morgige Tagesordnung vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Staatsregierung über den Haushaltsplan für 1921; Antrag des Justizministers auf Zulassung der Strafverfolgung gegen den Abg. Scholem (Komm.) wegen Hochverrats; Rest der Tagesordnung von heute; kleine Vorlagen.

Schluß 6 Uhr.

Die Tagung der deutschen Bergarbeiter.

Gießen, 31. Mai 1921.

3. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung kommt ein Begrüßungsschreiben der italienischen Bergarbeiter zur Verlesung. Die italienischen Kameraden senden brüderliche, solidarische Grüße und Wünsche, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen getragen sein möchten von dem Geiste internationaler Solidarität. Ein weiteres Glückwunschtelegramm ist eingetroffen von dem Internationalen Rat von Moskau, der gleichzeitig zum Kongreß der 3. Internationale einlädt. Sodann wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen und ohne Debatte genehmigt.

Die eigentliche Tagesordnung beginnt sodann mit dem Korreferat über die Tätigkeitsberichte. Korreferent Dresch-Saarbrücken führt aus, daß sich auf diesem Kongreß zwei Weltanschauungen gegenüberstehen. Die eine glaube,

durch Demokratie zum Sozialismus

zu kommen, während die Opposition den Glauben habe, durch Diktatur das Ziel zu erreichen. Die Frage müsse so gestellt werden: was ist durch die bürgerliche Demokratie für die Arbeiterschaft erreicht worden? Die Antwort müsse lauten: nichts. Dresch ist der Meinung, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Bankrotterklärung des Kapitalismus ist, und daß dabei die Kämpfe auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten werden. Die gegenwärtigen Lohnerhöhungen seien nur Palliativmittel im Vergleich zur ungeheurung Verteurung der Lebenshaltung. Und doch wagten es die Unternehmer, von Lohnabbau zu reden. Im weiteren Verlauf seiner Rede wirft er dem Verbandsvorstande vor, daß er durch die Ueberschichtenabkommen den Interessen der deutschen, aber auch denen der ausländischen Kollegenschaft zuwidergehandelt habe. Durch die Ueberschichtenabkommen sei Ueberproduktion entstanden, und doch hätten die Unternehmer es verstanden, die Betriebe zu schließen und kurzarbeiten zu lassen. Die Opposition verlange vor allem

Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft.

Auch das Internationale Arbeitsamt befriedige nicht die Arbeiterschaft. Es sei zumeist zusammengesetzt aus Vertretern der Regierungen, die Arbeitnehmer seien dort in der Minderheit. Das Internationale Arbeitsamt sei nur ein Stützpunkt des internationalen Kapitals, das dieser Institution auch 7 Millionen Goldfranks zur Verfügung gestellt habe. Die kommunistische Opposition sei ein Gegner der Harmonieduselei. Von der Amsterdamer Internationale komme keine Hilfe für die Arbeiterschaft, das Heil könne man nur von der roten Internationale in Moskau erwarten.

Alles, was zurzeit über Sowjetrußland geschrieben und gesagt werde, seien Lügen und Märchen. Die Opposition fordere, daß zu Informationszwecken Bergarbeiter am Kongreß der roten Internationale am 1. Juli in Moskau teilnehmen. Zu den Streitigkeiten im Bergarbeiterverband erklärt Dresch, daß die Opposition alles tue,

um die Verbandseinigkeit aufrechtzuerhalten.

Der Verband müsse aber zu einer Klassenkampforganisation umgestaltet werden. Die Zellenbauer wollten nur ihre politischen Freunde in den Gewerkschaften sammeln und sie zu guten Gewerkschaftlern heranbilden, aber auch um den kommunistischen Geist zu fördern. Wenn die Verbandsinstanzen sich revolutionär umstellten, dann sei auch die Einheitsfront hergestellt. Der Kampf mit dem Kapital müsse aufgenommen werden, damit aus der einen Million Arbeitslose nicht weitere Millionen würden.

Dann beginnt die eigentliche Generaldebatte über die Geschäftsberichte.

Pieper-Dortmund: Das Vorgehen des Verbandsvorstandes sei nicht gerechtfertigt gewesen, denn es hätte den Statuten widersprochen. Der Kampf dürfe nicht nur geführt werden gegen Unionisten und Syndikalisten, sondern vor allem gegen den Todfeind der Arbeiterklasse, das Kapital.

Bode-Hildesheim bespricht die Lohnverhältnisse in der Kaliindustrie. In dieser Industrie würden zurzeit die schlechtesten Löhne bezahlt. Das Reichsarbeitsministerium habe Ende 1920 einer Lohnerhöhung zugestimmt, der aber die Unternehmer nicht Rechnung tragen. Er begründet eine Resolution, in der Protest erhoben wird gegen das empörende

Verhalten der Unternehmer des Kalibergbaues,

welche den vom Arbeitsminister als verbindlich erklärten Schiedsspruch über die Lohnregelung ab 1. November 1920 nicht anerkennen, sondern noch das ordentliche Gericht anrufen, um ihn zu inhibieren.

Kramer-Saarbrücken gibt eine Schilderung der Bestrebungen im Saargebiet, die dortige Sozialversicherung von der deutschen zu trennen. Das kommende Reichsknappschaftsgesetz und Reichsbergegesetz bringe nur Vorteile für die übrige Kollegenschaft.

Ein Delegierter aus **Waldenburg** weist darauf hin, daß man in Niederschlesien versuche, den 7-Stundentag durch den 8-Stundentag zu ersetzen. Man könne das Kapital nicht durch Ueberradikalismus bekämpfen, sondern nur durch sachliche

Bildung und Schulung der Betriebsräte,

daß die in der Lage wären, die privatkapitalistische Gesellschaftsform durch die sozialistische zu ersetzen.

Büth-Köln führt Klage darüber, daß für die Erzbergleute im Siedlungswesen und in der Lebensmittelversorgung zu wenig getan worden sei. Im Erzbergbau bestehe auch noch die 7½-Stundenschicht.

Weilmeier-Haushamm-München steht auf dem Standpunkt, daß an den Tarifverträgen festgehalten werden muß. Die Taktik des Verbandsvorstandes sei richtig gewesen. Intensive Schulung der Betriebsräte sei dringend nötig.

Engelhard-Suderwich: Im Wohnungswesen sei zu wenig durchgegriffen worden. Auch die Bergarbeiter hätten ein Anrecht auf genügend Licht und Luft in ihren Wohnungen. Das Gerede der kommunistischen Opposition von der Einigkeit sei nicht weit her, denn wer nicht für die Moskauer Richtung sei, der werde von den eigenen Klassengenossen terrorisiert.

Kurze-Halle: Im Mansfelder Gebiet versuche man einen Lohnabbau von 6 M. Die schweren Kämpfe dort seien zurückzuführen auf

die Unterminierungsarbeiten der Ueberradikalen.

Mempel-Wichlingshofen wünscht, daß die politischen Debatten auf der Generalversammlung ausgeschaltet werden, dafür soll praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. Der Jugendfrage solle man mehr als bisher Beachtung schenken. Die Jugend müsse als Stoßtrupp der Organisation herangebildet werden für die großen Aufgaben der Zukunft. Die Ausgestaltung der Einheitsschule und der Fortbildungsschule müsse energisch gefordert werden. — Die Diskussion über die Tätigkeitsberichte wird sodann auf Mittwoch vertagt.

De Wet-Holland überbringt ein herzliches Glückauf der holländischen Kameradschaft.

Vorsitzender **Husemann** gibt noch Kenntnis von einem eingegangenen Glückwunschschreiben der Franzosen, die durch ihren eigenen Kongreß verhindert sind, der deutschen Tagung beizuwohnen. Weiter ist ein 18 Seiten langes Telegramm vom Allrussischen Bergwerksverband eingelaufen, das die Grüße von 100 000 russischen Bergarbeitern überbringt. Das Telegramm enthält u. a. Schimpfereien auf den angeblichen Verrat der deutschen Gewerkschaftsführer und lädt zum Schlusse zum Internationalen roten Kongreß nach Moskau ein.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

•

Nicht Moskau, sondern Amsterdam!

Der Bergarbeiterkongreß lehnte am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit den Antrag ab, der Moskauer Gewerkschaftsinternationale beizutreten, trotz der sehr langen Depesche aus Moskau. Für das Verbleiben bei der Amsterdamer Internationale stimmten — wie uns telegraphisch gemeldet wird — 200 Delegierte, für Moskau sieben.

Erster Verbandstag des ZdA.

3. Verhandlungstag.

Weimar, 31. Mai 1921.

Penn, als Berichterstatter der Revisionskommission, konstatiert tadellose Führung der Kassengeschäfte und beantragt Entlastung für Giebel als Leiter der Pensions- und für Wucher als Leiter der Hauptkasse.

Ucko berichtet über die Werbearbeit des Verbandes. In erster Linie müsse fortwährend das Lügengewebe zerstört werden, das gegnerischerseits über den Zentralverband verbreitet wird. Daneben habe man sich bemüht, auch dem Ruf nach grundsätzlich aufklärenden Druckschriften Folge zu leisten. Jedoch gerade der Absatz der letzteren Schriften ist ungenügend. Ihn zu heben, sei der Ausbau des Vertrauensmännersystems vonnöten. Das Material müsse von Gau- und Ortsleitungen nach Möglichkeit in die bürgerliche Presse lanciert werden. Aber auch hierin wie auch in der Uebermittlung von Material an die Zentralwerbestelle über wichtige Vorkommnisse im Beruf sei eine große Säumigkeit der meisten Zahlstellen zu beklagen. Das vom vorigen Verbandstage beschlossene Frauenreferat ist vorurteilslos eingerichtet worden. Es dürfe aber nicht dazu führen, etwa ein gegensätzliches Interesse von Frauen und Männern im Beruf zu konstruieren. Es sei

gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Leistung

zu erstreben. Was aber die oft gehörte Behauptung anbelangt, daß zu den Frauen am wirksamsten von einer Frau geredet werde, so habe diese Auffassung sich als wenig stichhaltig erwiesen. Kollegin **Greetz** habe sich mit größter Gewissenhaftigkeit bemüht, der ihr übertragenen Aufgabe gerecht zu werden. Aber alle Erfahrungen laufen dahin, daß man sich frage: Was soll die Weiterführung eines besonderen Frauenreferats? In Bezirken mit zahlreicher weiblicher Arbeitskraft möge man tüchtige Kolleginnen als Sekretärinnen anstellen, aber nicht zur Leitung einseitiger Frauenagitation, sondern allgemeiner Gewerkschaftsarbeit. Vor allem aber sei der Ausbau des Vertrauensmännersystems zu fördern, dann habe der Vorstand bei seiner Agitation einen festen Rückhalt im Lande. —

Der Bericht über die Presse wird vom Redakteur **Sange** gegeben. Fachblätter für die einzelnen Berufskategorien seien neueingeführt, dagegen die früheren Gaublätter abgeschafft worden. Die Einrichtung der Fachblätter, die zudem bei den bürgerlichen Konkurrenzorganisationen wenigstens nicht in der gleichen Form und Zustellung vorhanden seien, habe sich gut bewährt. Der Bezug der Zeitungen durch die Ortsgruppen müsse noch sorgfältiger organisiert werden. Eine Reihe von Ortsgruppen leiste hier vorzügliches, in einer großen Reihe aber müsse noch viel mehr Eifer entfaltet werden.

Den Redakteuren des Verbandsorgans sind fachliche Mitarbeiter zur Seite gestellt. Gauleiter und Ortsgruppen aber mögen ebenfalls alles Wissenswerte rechtzeitig einsenden.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Redakteuren und Einsendern sind in nicht erheblichem Maße eingetreten. Dem Verbandsvorstand möge eine etwaige

weitere Gliederung in Fachzeitschriften

überlassen werden. —

Möller (Verbandsausschuß) berichtete über dessen Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf die Behandlung von Beschwerden interner Art (Ausschlüsse usw.) bezog. — Eine Kommission zur Untersuchung der Berufungen wird eingesetzt. —

Durch eine einmütige Kundgebung gibt der Verbandstag seiner Sympathie und Solidarität für die im schweren Kampf stehenden streikenden englischen Bergarbeiter Ausdruck.

Giebel stellt gegenüber der Behauptung eines Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung", der Afabund schaue tatenlos der beabsichtigten Teilung Oberschlesiens zu, fest, daß dies lügnerische Anwürfe sind, auf die der GdA. in seinem Kampf nicht verzichten mag. Die Tatsachen beweisen, daß gerade die freien Gewerkschaften sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens und für den Schutz der dortigen Einwohnerschaft in hervorragendem Maße eingesetzt haben.

Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wird das Mandat des Kollegen Michalck-Leipzig für ungültig und werden alle anderen Mandate für gültig erklärt. Das Fehlen der oberschlesischen Delegierten wird lebhaft bedauert, und allen oberschlesischen Kollegen herzlicher Gruß und Sympathie entboten.

In der Diskussion bestätigt Kollegin Greetz (Leiterin des Frauenreferats) die Ausführungen Uckos, daß die Führung des Frauensekretariats gemäß den alten Richtlinien nicht hätte vor sich gehen können, ohne die Organisation zu zertrennen. Es bestünden, beruflich betrachtet, eben keine streng geschiedenen Männer- und Frauenangelegenheiten. Außerordentlich zu klagen sei auch wieder über mangelnde Unterstützung der Institutionen durch die Ortsgruppen. Eine Frau in der Hauptleitung, ohne Unterstützung durch die Ortsgruppen, sei ein verlorener Posten. Der Rednerin Vorschlag geht auf Ersetzung des Sekretariats in seiner jetzigen Form durch einen anderen

großzügigen weiblichen Werbeapparat

mit einer Zentralstelle im Hauptvorstand.

Diesen Ausführungen tritt im besonderen **Grete Weinberg**-Berlin entgegen, die entwickelt, daß es ein gutes und großes Frauenarbeitsgebiet gäbe. Die Frauenfrage bleibe immer bestehen und sei ungelöst, solange die volle Befreiung des Proletariats nicht durchgeführt. Deshalb sei den von ihr dargelegten Frauenangelegenheiten eine besondere und noch stärkere Vertretung als bisher im Verband zu sichern, wobei es jedoch nicht auf das strikte Festhalten an Namen und allen Einzelheiten der bisherigen Institution ankomme.

Ueber die weitere, auch am Dienstag spätnachmittags noch fortgehende Diskussion berichten wir zusammenfassend.

•

Amsterdam, nicht Moskau!

Der Verbandstag faßte in namentlicher Abstimmung einstimmig folgende Entschließung:

„Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärposten bekleiden sollen, müssen sich ausdrücklich verpflichten, in unserem Verbande nur nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Beirats und Verbandstages, den Richtlinien des ADGB. und des Afa-Bundes, insbesondere nach dem Afa-Beschluß vom 21. September 1920 zu arbeiten.

Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen, diesen in jeder Weise fördern und die gewerkschaftlichen Leitsätze der Moskauer Gewerkschaftsinternationale ebenso wie alle anderen die freigewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestrebungen bekämpfen."

Aus der Partei.

Bezirksparteitag für Groß-Thüringen.

In Weimar fand am 28. und 29. Mai d. J. der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Groß-Thüringens statt. Dem Parteitag voraus gingen Konferenzen der sozialdemokratischen Frauen, der Beamten und der Vertreter der Thüringer Parteipresse. Auf der Frauenkonferenz, der ersten in Thüringen, sprach Genossin **Juchacz** vom Parteivorstand über: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Frau in der deutschen Republik" und Bezirkssekretär Genosse **Nehrkorn**-Weimar über: „Den Stand der Frauenbewegung in Groß-Thüringen." Auf der Beamtenkonferenz sprach Genosse Postsekretär **Gronefeld**-Berlin über „Das Beamtenrätegesetz" und Genosse H. **Sell**-Jena über „Den Stand der sozialdemokratischen Beamtenbewegung in Groß-Thüringen". Auf der Pressekonferenz wurden wichtige und für die Thüringer Parteibewegung bedeutungsvolle Fragen behandelt. Die drei Konferenzen waren sehr stark besucht und nahmen einen vorzüglichen Verlauf.

Die Verhandlungen des Parteitags beseelte ein Geist gegenseitigen Verstehenwollens. Selbst die angeregtesten Debatten ließen nie den parteigenössischen Ton vermissen. Den Geschäftsbericht für das letzte Geschäftsjahr erstattete Bezirkssekretär **Leber**-Weimar. Er konnte von einem erfreulichen Aufschwung unserer Organisation berichten. Die durch die Spaltung und die terroristische Agitation der USP. zertrümmerten Parteiorganisationen sind in mühevoller Arbeit wieder aufgebaut worden und haben sich prächtig entwickelt. Die Tätigkeit des Bezirkssekretariats wurde einmütig anerkannt. Ueber „Die Thüringer Landespolitik" sprach ebenfalls Genosse **Leber** als Thüringer Landtagsabgeordneter. Die Debatte bewegte sich durchweg im zustimmenden Sinne. Der Parteitag gab seine Ansicht und seinen Willen in folgender einstimmig angenommenen Entschließung Ausdruck:

„Der Bezirksparteitag heißt die Politik der Fraktion im Thüringer Landtag bei der Regierungsbildung angesichts der Machtverhältnisse der Parteien und der Enthaltsamkeit der Unabhängigen von der Regierungsmitwirkung gut. Der Parteitag lehnt jedoch mit Entschiedenheit eine Koalition zwischen unserer Fraktion und den antirepublikanischen und antidemokratischen Parteien entsprechend den Kasseler Parteitagsbeschlüssen ab."

Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete das vorzügliche Referat des Genossen Hermann **Müller** vom Parteivorstand über „Die gegenwärtige politische Lage". Die glänzenden Ausführungen Müllers wurden vom Parteitag dadurch besonders gewürdigt, als beschlossen wurde, eine Aussprache hierüber nicht vorzunehmen. Die Willensmeinung des Parteitags wurde in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht:

„Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Thüringens stellt sich auf den Boden der Ausführungen des Genossen Müller-Franken. Die Annahme des Ultimatums war um der Einheit der deutschen Republik und der Lebensinteressen der deutschen arbeitenden Bevölkerung willen notwendig. Um das Ultimatum zu erfüllen und der Arbeiterschaft der alliierten Länder den festen Willen der deutschen arbeitenden Bevölkerung zum Wiederaufbau der verwüsteten Weltwirtschaft zu dokumentieren, war der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zwingende Notwendigkeit. Diese Tendenz kann aber nur gefestigt werden, wenn die Unabhängigen ihre Einsicht vom 10. Mai aufrechterhalten, die Regierung sich innen- und außenpolitisch nach links orientiert und entsprechend dem Kasseler Parteitagsbeschluß jede Koalition mit der antirepublikanischen und friedensstörenden Deutschen Volkspartei des Stinnes ablehnt."

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurden die „Kulturaufgaben der Partei" besprochen. Genosse Dr. **Behr**-Weimar und Bezirkssekretär Genosse **Nehrkorn**-Weimar hatten hierzu die Referate übernommen. Während Genosse Dr. Behr speziell die Schulfragen besprach, behandelte Genosse Nehrkorn die übrigen Kulturfragen und -aufgaben der Partei. An beide Referate knüpfte sich eine sehr interessante und hochstehende Debatte, an der sich zahlreiche Genossen aus Lehrerkreisen beteiligten. Die vorgelegten Entschließungen der beiden Referenten wurden vom Parteitag einstimmig angenommen.

Die Konferenz des Unterbezirks Duisburg-Wesel tagte am 29. Mai in **Oberhausen** und nahm eine Entschließung an, in der sie sich in der Frage der Unterzeichnung des Ententeultimatums hinter die Reichstagsfraktion stellt und den Wiedereintritt unserer Genossen in die Regierung billigt. Sie verlangt von der Reichsregierung durchgreifende Maßnahmen zur Entwaffnung der Orgesch und eine gerechte Verteilung der durch das Ultimatum entstandenen Lasten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Eine Verbreiterung der Koalition durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei lehnt die Konferenz ab, da sie von dieser Partei nicht erwartet, daß sie ehrlich an der Durchführung des Ultimatums mitarbeiten wird und so die Gefahr der Ruhrbesetzung aufs neue heraufbeschwört. Weiter stellt die Konferenz sich auf den Standpunkt, daß unsere Genossen auch in die preußische Regierung wieder einzutreten und vor allem die Ministerien für Landwirtschaft, Inneres und Kultus zu besetzen haben. In einer zweiten Resolution wird gegen den polnischen Terror in Oberschlesien Protest erhoben. Die Rheinländer werden aufgefordert, aus diesen Vorgängen zu lernen und auf der Wacht zu sein, um jede Antastung der Zugehörigkeit der Rheinlande zur deutschen Republik abwehren zu können. Des weiteren wird verlangt, daß „die Sanktionen, die durch die Annahme des Ultimatums gegenstandslos geworden sind, aufgehoben werden".

Der verstorbene Genosse Bruno Schönlank war nicht, wie es irrtümlich in Nr. 235 des „Vorwärts" hieß, Reichstagsabgeordneter für Nürnberg, sondern für **Breslau**-West.

Aus aller Welt.

Schiebungen in Eisenbahnmaterial. Großen Schiebungen ist man auf dem Aachener Hüttenwerk „Rote Erde" auf die Spur gekommen. Wagenladungen Bahnschwellen und Eisenbleche usw. sind durch Angestellte und Arbeiter verschoben worden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Donnerstag, den 2. Juni, abends 7½ Uhr, findet in der Bergmannstr. 5, Habels Brauerei, ordentliche Mitgliederversammlung statt. — Im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes wird am Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, Herr Dr. Meckbach von den Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Comp. einen Lichtbildervortrag über die Bekämpfung der Kleidermotte durch Herstellung mottenechter Wolle mittels Eulans in der Urania, Taubenstr. 48/49, halten. — Verein Deutsches Recht. Am 6. Juni, abends 8½ Uhr, Vortrag von Landgerichtsrat Thelich über „Sicherungsverträge" im Kriminalgericht, Moabit, Turmstr. 91, Saal 155. Gästekarten frei.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Bohème
7½ Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
6½ Uhr.

Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter
Frtg. 8: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½ Uhr: Der Strohhut
Frtg. 7½ Uhr: Der Strohhut

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 U.: Ein Sommernachtstraum
(4. Abteilung 5. Abend)
Frtg. 7: Danton (Auß. Abonn.)

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit d. Feuer spielen
9 Uhr: Satans Maske
Johannes Riemann
Paul Bildt
Maria Orska

Berliner Theater:
Allabendlich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER
Hilde Wörner, Ralph Artur Roberts, Uschi Elleot, Herbert Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a.G., Inge van der Straaten, Isa Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg

Central-Theater
7½ Uhr: Jlonka
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Carmen
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Die Kleine aus der Hölle
Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr: Reigen
Lustspielhaus
7¾ Uhr: Arnold Rieck in Die spanische Fliege
Metropol-Theater
7½ Uhr: Die blaue Mazur
Neues Operettentheat.
7½ Uhr: American-Girl
Neues Volkstheater
7 Uhr: Die St. Jakobsfahrt
Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Die versilberte Braut
Schloßpark-Theat.
Steglitz, Schloßstraße 48
7½ U.: Donna Diana
Thalia-Theater
7½ Uhr: Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz
3¼ Uhr: Martha
7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7¼ Uhr: Morgen wieder lustik!
Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ Uhr: Die goldene Freiheit
Walhalla-Theater
7½ Uhr: Scheidungsreise

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Max Adalbert
in
Ab dafür
von Impekoven u. Mathern
Sonntag 4 U.: Am Teetisch

Trianon-Theater
Täglich ¾8 Uhr:
Abel und Alexander
in
Am Teetisch

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Olga Limburg
in
Nur ein Traum

Komische Oper
Opernspielzeit
Täglich 7¼ Uhr
Alt-Heidelberg
Oper von Pacchierotti
Sbd. 7¼: Der Barbier v. Sevilla

Admirals-Palast
7½ Uhr: Abrakadabra

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121.
Täglich 8½ Uhr:
Herrnfeld-Gastsp.
Es lebe das Nachtleben
Ab 7 Uhr:
Filmprogramm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 Uhr: Das Postamt und Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Zum ersten Male
7 Uhr: Die Ballerina des Königs
Lustspiel in 4 Akten von Rud. Presber u. Leo W. Stein
(Konstantin, Götz)
Freitag bis Montag 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Rosenmontag
(Hasck, Loos)

Rose-Theater
Wo die Schwalben nisten

APOLLO THEATER
7½ Dir. James Klein 7½
Allabendlich
Die große Ausstattungsschau
Tip Tip Hurra
oder der Sportschlemihl
mit dem bekannten
Wilhelm Hartstein
in der Titelrolle.
Albert Paulig
Heinz Sarnow
Erna Alberti
Else Schlolcka
Unter anderem
Original-Pferderennen i. Grunewald
sowie neue Varieté-Einlagen und Balletts.
Sommerpreise!

Folies Caprice
Ecke Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 8 Uhr:
Das neue Fräulein
Das weiße Blatt
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Grünecker.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ¾8
Nur noch einige Aufführungen des Schlager-Volksstückes
Bollrich & Sohn
Volkstümliche Preise

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7–9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste v. allen
Operette i. 3 Akt. v. Jean Gilbert
Varieté-Sensationen

Reichshall.-Theater
Stettiner Sänger
Anf. 7½
16. Juni: Britton-Benefiz

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Behrenstraße 54
Präzis 7¼ Uhr
Internation. Damen-Boxkämpfe
Fritchie
Heinrich Kohlbrandt
Peemas Comp.
Eugen Milardo
3 Hugos
Gerda Gerdina
Lola Thomas u. Partner
Peter Pfeiffer
C. O. Pilinay
Vivian Vanity
3 Bawerys

SCALA

Betrifft:

1. **VARIETÉ** in höchster Vollendung. — Das Juni-Programm mit den Ausland-Stars: **Carmen Roca**, spanische Tänzerin, **Johnson u. Johnson**, schwedische Komödianten, **Jennie u. Ellis Amaranth**, amerikanische Tanz-Attraktion sowie Kammersänger **Anton Bürger**, die bekannte **Arthur-Klein-Familie** und weitere 6 Attraktionen dürften jedermanns Beifall finden.

2. Kühler Aufenthalt bequeme Sitzplätze — Der große luftige Raum ist besonders gut ventiliert, und die bequeme Sitzgelegenheit ist anerkannt.

3. Billige Preise — Schon von 3 M. an erhalten Sie einen numerierten Sitzplatz, und Sie werden zu keinen weiteren Ausgaben angehalten.

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108-14
Heute, Donnerstag, den 2. Juni:
KONZERT
und
Spezialitäten - Vorstellung
Großes
Riesen-Fronten-Feuerwerk
Schlußfront: **Amor in Aktion**
ausgeführt vom Pyrotechniker E. Nielandt
Anfang 5 Uhr • Einlaß 3 Uhr

Rennen zu Grunewald
(Unionklub)
Donnerstag, 2. Juni, nachmittags 3 Uhr
7 Rennen

Monats-Anzüge
Covercoats, Paletots, Raglans
Cutaways, Hosen
Verkauf zu enorm billigen Preisen
Auswahl wie in Friedenszeiten
— Keine Lombardware —
Leihhaus Brunnenstr. 5 a. Rosenthal. Tor
Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt
Berlin NW 108, Kirchstraße 24
(Sprechstunde 11–1, 5–7, Sonntag 10–12)
behand. **Syphilis, Geschlechtskrankheiten, sexuelle Schwäche, Frauen- und Unterleibsleiden** nach eigenem bewährten Verfahren auf giftfreiem Wege ohne Einspritzung und ohne Berufsstörung. **Belehrende Broschüre** vollständig diskret ohne jeden Aufdruck **kostenlos gegen Rückporto.** Leiden angeben. 188/12

Th. a. Kottbuser Tor
Tel. Moritzpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größt. Lacherfolg
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Treff
Tanzparadies Zelt 2
in den Zelten (Tiergarten)
Die beliebten Tanzabende
Sonnabend, den 4. Juni:
Sommernachtsball
Erstklassige Musik
Leit.: Albert / Otto Erbe

Ziehung 7.–13. Juni
Kölner Dombau-Lotterie
Hauptgewinne Mark
200000
100000
50000
Kölner Lose 6 M.
Liste u. Porto 1.20 M. extra.

Ziehung 27.–29. Juni
Rhein-Lotterie Museum Coblenz
ev. Höchst- u. Hauptgew. i. W.
100000
75000
50000
Rhein-Lose 5 M.
Liste u. Porto 1.20 M. extra.

1 Kölner u. 1 Rhein-Los mit Porto u. 2 Listen = M. 13

Lud. Müller & Co
Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.
— Zur neuen —
Preuß. Staats-Lotterie
Ziehung I. Klasse am 12. u. 13. Juli
empfiehlt Original-Lose: ⅛ Los = 10 M. | ¼ Los = 20 M. | ½ Los = 40 M. | ⅟₁ Los = 80 M.
Friedrich Müller, Staatl. Lotterie-Einnehmer,
Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.

Neues Angebot!
Schokoladen-Block, 100 Gramm von M. 3,20 an
Schokoladen-Tafel, 100 „ „ M. 3,30 an
nur gute Qualitätsware.
Bonbons, Dragees in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
Negerküsse, Goliatstäbe.
G. Wechselmann, Berlin W, Linkstraße 20. Fernsprecher: Nollendorf 879

Von der Reise zurück
San.-Rat Dr. Echtermeyer
Spezial-Arzt für Hals-, Nasen- und Ohren-Kranke
Luisenstr. 47. ½1–½2 u. 5–7 außer Sonntags.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Buchdruck.-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen
Heute Donnerstag, 2. Juni, abends 7 Uhr,
im Lokal „Deutscher Hof", Luckauer Straße:
Vertrauenspersonen-Versammlung
Tagesordnung: 41/9
Bericht über die Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen.
Ohne Legitimation kein Eintritt. Massini. Gloth.

„**Empor**" Gemeinnütz. Siedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Liquid. Sitz: Charlottenburg, Schillerstr. 87 II
Laut Beschluß der Generalversammlung vom 3./19. 4. 21 ist die Genossenschaft in Liquidation getreten. Evtl. Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche umgehend geltend zu machen.
„Empor", Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Liquidation. Wilhelm Parwin. P. Weihtopf

Unserem lieben alt. Genossen
Karl Köhler
Schreinerstr. 58, zu seinem heutigen 60. Geburtstage die **herzlichsten Glückwünsche.**
Mögest Du uns noch recht lange gesund erhalten bleiben! Prosit, Karl!
Die Abteilungsleitung.

Ankauf Juwelen
Margraf & Co.
Kanonierstr. 9.

Seifen
Vertreter m. d. d. einschl. Kundschaft best. eingeführt sind, gesucht für **größten Schlager**
Seifen-fabrik **Marcis & Mendel**
Charlottenburg, Spreestraße 7

SPEZIALARZT
Dr. med. Coleman
Friedrichstr. 91/92. Ent.
Haut-, Geschlechts-, Frauenl., sex. Neurasth.
Individ. Behandlg. nach den neuest. wissensch. Methoden. Modernste Einrichtungen f. Untersuchung u. Behandlung.
10-1, 5-8, Sonnt. 10-12.

Bartflechte
Wunderbar hat Ihr Bartflechtenmittel „**Parasan**" gewirkt. Es ist von allen Mitteln d. beste, was ich seit 4 Jahren angewendet habe. Bestrahlungen u. alles andere haben nicht so geholfen wie Ihr berühmt. Spezialmittel. M. 15,—. **Otto Reichel,** Berlin 43 SO, Eisenbahnstr. 4.

Bekanntmachung.
Auf die Aufforderung vom 14. Mai 1921 betreffend Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahlen der Vertreter zum Ausschuß der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin ist nur je eine Liste der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten eingegangen.
Nach § 19 der Wahlordnung gelten daher die auf folgenden Listen bezeichneten Personen ohne Stimmenabgabe als gewählt:
1. Liste der Arbeitgeber, beginnend mit dem Namen R. Freund und schließend mit C. Kuhn;
2. Liste der Versicherten, beginnend mit dem Namen O. Hanke und schließend mit G. Richter.
Die zum 27. und 28. Juni 1921 angesetzten Wahlen fallen demnach aus. 34871
Berlin, den 2. Juni 1921.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin
A. Vogel, Vorsitzender.
R. Freund, Schriftführer.

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 94
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9955

Möbel
jeder Art bei
kleiner Anzahlung
und
bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28 I.
Strengste Diskretion.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,80 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). — Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

Verkäufe

Abessinier, Rohre, Filter, Ersatzteile. Köchlin & Co., Berlin, Alte Jakobstr. 20/22.

Dasdorf-Wandlitz. Acker und Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Hülsen, Steglitz, Bionvillestraße 12. Fernsprecher 2394. 147R

Anzüge, konkurrenzlos, elegante Ausführung, prima Zutaten, von 275 Mark an. Besuch ohne Kaufzwang sehr lohnend. Zanger, Münzstraße 26 II. 1368*

Warum 1000 Mark für einen Anzug oder Paletot? Sie kaufen die modernsten Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Cutawayanzüge, Covercoats, Marengopaletots, Schwarze-Streifhosen aus besten Stoffen und Zutaten, ebenbürtig jeder Maßarbeit, spottbillig, große Auswahl in Gummimänteln, bei Burger, Reichenbergerstraße 159, vorn II, Fahrverbindung Kottbusertor links um die Ecke. 3498b

Bettwäsche billig! Deckbettbezüge 39,—, Kissenbezüge 11,—, Bettlaken 21,—, Inletts 90,—. Riesige Auswahl, reelle Bedienung. Wäschefabrik Stumpe & Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. Größtes Spezialgeschäft.

Bettwäsche billigst! Ca. tausend Garnituren werden wegen baulicher Veränderung der Lagerräume fast zum Selbstkostenpreis abgegeben. Deckbetten 39,—, Kissen 11,—, Laken 20,50. Nur solange Vorrat. Lagerbesichtigung durchaus lohnend. Fahrtvergütung. Bettwäschefabrik Puttkamerstr. 1, Ecke Wilhelmstraße. 165R

Abessinierpumpen, Druckpumpen, Sauger, Rohre, gebrauchte, neue, spottbillig. Schroeder, Hochstraße 33.

Motorboot, sehr gut erhalten, Umstände halber sehr billig zu verkaufen. E. 29 Hauptexpedition des „Vorwärts". •

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenicker Straße 71. 185R*

Anzüge, hochelegant, infolge ungewöhnlich günstiger Stoffgroßkäufe 400,—. Extraanfertigen! Werkstatt Elsasserstraße zwanzig, hochparterre.

Kreuzfüchse 95,—. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. 187R*

Anzüge, 250,—, Covercoat 375,—, Gummimäntel 275,—, Hosen 45,—. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware. 148R*

Möbel

Chaiselongue 100,—, Chaiselonguedecke 75,— Metallbetten 160,—, Kinderbrahtbett. Meicke, Augustsstr. 33a, Quergebäude. 188R

Chaiselongues 200,— bis 375,—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 110,—. Weiter, Stargarderstraße achtzehn. 133R

Ergänzungsmöbel! Ankleideschränke, weiß lackiert, Eiche, Nußbaum; Sofas, Umbauten, Ruhebetten, Schreibtische Eiche, Nußbaum, mit und ohne Aufsatz, Büfetts, modern und mit Säulen, Waschkommoden, Bettstellen, nie wiederkehrend billige Preise! Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstraße 25. (Hochbahn Kottbuser Tor.)

Schlafzimmer, eichenes, komplett 3850,—, weißes 3000,—, Herrenzimmer, rundgebaute Bibliothek 4000,—, Speisezimmer, sehr gute Ausführung, 4500,—. Nußbaum-Standuhren 1200,—. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen. Hans Lennert, Lothringerstraße 55, am Rosenthaler Platz. •

Chaiselongue 90,—, Chaiselonguedecke 65,—, wunderbare Wandbehänge. Polsterer, Pappelallee 13. 98/16

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Zu denkbar niedrigsten Preisen offeriere in reicher Auswahl übersichtlich aufgestellte Nußbaum-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Polstermöbel. Besichtigung erbeten. Eventuell Zahlungserleichterungen. 181R*

Metallbetten, weißlackiert, Gelegenheit 170. Brendel, Marsiliusstr. 6. 3–4. 58/7*

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Schallplatten, Walzen, alle kauft Metallkontor W. John, Alte Jakobstraße 138 (Hallesches Tor). •

Fahrräder

Fahrräder, gebrauchte 300, neue 750,—, Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 58/9

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 13. 140R*

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142R

Damenräder kauft Kraus, Große Frankfurterstraße 52.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Untersuchung erfahrene Hebamme, Witwe Kuhnert, Pallasstraße 10/11 (Potsdamerstraße). 159R*

Leinenkragen verkleinert Born, Reichenbergerstraße 7.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Selbständige Kolonnenführer, aber nur solche, sucht sofort H. Scherbel, Kunst- und Bauschlosserei, Weißensee, Lehderstraße 42. †24

Botenfrauen stellt sofort ein Zeitungszentrale, Jerusalemerstraße 5/6. †24

Amts- und Gutssekretär
sucht zum 1. 10. 21 Stellung. Gefl. Offerten unter Z. 23 an die Expedition dieser Zeitung.

Rechtsanwalt
in rheinischer Großstadt
sucht Sozius
für Zivilpraxis. Mindesteinkommen d. Sozius der steigerungsfähigen Praxis 60–70 000 M. Nur energ., arbeitseifrige Bewerber, am liebsten mit Kenntnis früherer Praxis, wollen sich melden unter **F. 24** an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Wäsche-Zuschneiderin sowie Wäschelegerin
für Damenwäsche 93/8
finden dauernde Stellung.
Oppenheim & Hausen
Spandauer Str. 5

Für das Jugendamt des Bezirksamts 14 (Neukölln) wird ein
Jugendpfleger
gesucht. Nachweis gründlicher Erfahrungen auf dem Gebiete der körperlichen und geistigen Jugendpflege sowie Kenntnis der lokalen Verhältnisse Vorbedingung. Gehalt 10 200 bis 14 500 M. nebst Ausgleichszuschlag und Kinderbeihilfen nach staatlichen Sätzen. 318D
Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 8. Juni 1921 einzureichen.
Neukölln, den 26. Mai 1921.
Bezirksamt 14 (Neukölln).

Mühlenbauer oder Tischler
auf Mühlenbau
mit Werkzeug gesucht
Weizenmühle
Berlin O 17, Mühlenstraße 8

Per sofort gesucht:
Verkäufer (innen)
für
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Leinen- u. Baumwollwaren
Meldungen v. 11-12 Uhr vorm.
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21/24

Schuhbranche!
Aeltere, erfahrene, branchekundige **Verkäuferinnen**
werden sof. oder später, eventl. auch zur Aushilfe, eingestellt
Meldungen von 11–1 Uhr vorm 4 Treppen. 94
„Der Schuhhof", Linkstraße 11

Es ist darüber in Verhandlungen mit den Landesregierungen eingetreten. (Lärmende Zwischenrufe bei den Komm.: Bayern! Neue Presseverbote!)

Die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung,

von der letzten Endes die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abhängt, hat sich während des letzten Wirtschaftsjahres (erneute lärmende Unterbrechungen bei den Komm.: Amnestie!) etwas gebessert, die der Bevölkerung zur Verfügung stehende Nahrungsmittelmenge hat sich auch in ihrer Beschaffenheit durch die gesteigerte Produktion und Einfuhren aus dem Auslande wesentlich gehoben. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß der schrittweise Abbau der Zwangswirtschaft vielfach zunächst eine Preissteigerung zur Folge hat, die vorübergehend eine stärkere Belastung eines großen Teiles der Bevölkerung verlangt. Die Reichsregierung betrachtet es als ihre Aufgabe, mit allen Mitteln die landwirtschaftliche Produktion zu heben, so rasch wie möglich ein günstiges Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot — das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung des Schieberunwesens (Zustimmung) — herzustellen und eine Preissenkung zu erreichen. Die Förderung der heimischen Nahrungsmittelerzeugung ist um so dringender, als uns die Erfüllung des Ultimatums zwingen wird, einen

Abbau der bisherigen Zuschußwirtschaft des Reiches

in die Wege zu leiten. (Hört! hört! links.) Zweifellos wird diese Maßnahme dazu führen müssen, daß wir die Preise für Lebensmittel auf der einen, die Löhne und Gehälter auf der anderen Seite in das rechte Verhältnis zueinander bringen. (Adolf Hoffmann [Komm.]: Proletarier, zieht den Riemen enger!)

Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte manchmal auf Stimmen aus dem Auslande gehört, ja sogar solchen Stimmen Vertrauen geschenkt. Sein Vertrauen ist leider schmählich betrogen worden. (Sehr wahr! rechts.) Trotzdem läßt das deutsche Volk die Hoffnung nicht sinken, daß in der Welt der Sinn für Recht und Gerechtigkeit, der in unserem Volke nie erloschen ist (Zustimmung), zu neuem Leben erwacht. (Abg. Adolf Hoffmann [Komm.]: Der Fuchs predigt den Gänsen!) Wer ist denn die Gans? (Heiterkeit und Zustimmung.) Man sollte endlich in der Welt einen Schritt weitergehen, nachdem das demokratische Deutschland durch die Annahme des Ultimatums ungeheure Lasten auf sich genommen hat, nun

endlich eine Entspannung der europäischen Lage

und den europäischen Wiederaufbau herbeizuführen. Wir erwarten, daß uns die Engländer und ihre Führer auch das geben, was man „fair chances" nennt. Sie sollten endlich einsehen, daß das deutsche Volk weiß, welchen

schweren Gang es gehen wird.

Diesen Weg sollten die Alliierten rechtlicherweise einem Volke erleichtern (Lachen rechts), das schon so Unmenschliches geleistet hat wie das deutsche Volk. Sie sollten nicht lachen. Betrachten Sie die Psyche des deutschen Volkes! Wie der Gedanke des Eintretens für das Recht in Oberschlesien dazu geführt hat, daß man dort den Soldaten und Offizieren der Alliierten, die für das Recht gefallen sind, ihre Särge mit Blumen geradezu überschüttet hat! (Beifall.) Einem Volke, das so Unmenschliches geleistet hat wie das deutsche Volk, sollte man auch fair chances geben, nicht aber seine Schwierigkeiten vergrößern und dadurch die Voraussetzungen aller Leistungen — und darauf lege ich besonders Wert —, die Hoffnung, ersticken. Die siegreichen Völker sollen doch nicht ohne weiteres den Gedanken von sich weisen, wie ihnen zu Mute wäre, wenn sie nach den ungeheuren Leistungen des Krieges den Weg gehen müßten, den das deutsche Volk gehen muß. Der Spott, als ob Optimismus falsch wäre, ist wirklich nicht am Platze. Welche wirtschaftlichen Gestaltungen und Reformen notwendig sein werden, läßt sich noch nicht sagen.

Die Reform muß mit eisernem Fleiß allmählich durchgeführt werden.

Sie kann nicht damit beginnen, daß der nationale Sinn im deutschen Volke schnöderweise erstickt wird. Die Unterdrückung irgendeiner Nation hemmt die Geschichte der ganzen Welt und ihre Kultur und die großen Menschheitsgedanken. Die nationalen Gedanken in diesem ethischen Sinne können sich aber nur entwickeln auf einer demokratischen Basis, die sich loslöst von dem reinen Machtprinzip. (Rufe links: Amnestie! — Große Unruhe.) Wie haben die Macht nicht mißbraucht. (Widerspruch auf der äußersten Linken.) In der Entwicklung Europas und der ganzen Welt werden die großen geistigen, ethischen und wirtschaftlichen Fragen mindestens eine ebenso große Rolle spielen wie die Machtentfaltung.

Zum Schluß rufe ich Sie alle ohne Unterschied der Partei auf zur Unterstützung dieser unserer Bestrebungen.

Bei der Auswahl des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau

hat sich die Regierung von jeder parteipolitischen Erwägung fernehalten und ist nur dem Gedanken gefolgt, eine organisatorische Kraft zu finden, die sich während des Krieges bereits bewährt hat. (Unruhe rechts.) Dr. Rathenau wird Gelegenheit haben, im Laufe der Debatte Ziel und Richtungen seiner Arbeit zum Vortrag zu bringen. **Helfen Sie uns, den Bestand unseres Volkes nicht abhängig zu machen von einem kleinen Kreis von Schiebern und reichen Leuten, so daß wir zu einem unbedeutenden Ländchen Mitteleuropas herabsinken, sondern stärken Sie ihn, so daß wir die großen finanziellen Leistungen vollbringen können, die wir übernommen haben.** Diese Bitte richte ich auch an diejenigen, die gegen die Annahme des Ultimatums waren, denn sie werden uns zuerkennen, daß wir uns für die Annahme aus der ehrlichen Ueberzeugung über das Wohl unseres Vaterlandes entschieden haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Rufe bei den Komm.: Amnestie!)

Nach längerer Geschäftsordnungsaussprache vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr: Anträge über die Erwerbslosenfürsorge, Besprechung der Regierungserklärung. Schluß 6 Uhr.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags besprach am Mittwoch vor Beginn der Vollsitzung die Geschäftslage. Finanzminister Sämisch wird heute, Donnerstag, den Haushalt einbringen. Er wird dazu lediglich finanztechnische Ausführungen ohne politischen Charakter machen. Das Haus will sich dann bis Montag vertagen. Am Montag und Dienstag soll die erste Beratung des Haushalts stattfinden. Es sollen zwei Rednerreihen sprechen. Darauf soll der Etat dem Ausschuß überwiesen werden. Um diesem Zeit für kräftige Förderung der Arbeiten zu geben, sollen für die weiteren Tage der Woche keine Plenarsitzungen stattfinden. Man will auf alle Fälle den Haushalt vor Eintritt in die Sommerferien, die voraussichtlich Mitte Juli beginnen werden, verabschieden.

Der erste Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Vorgeschichte des Weltkrieges hat unter der Leitung des Reichsministers des Innern, Dr. Gradnauer, die Untersuchung über die militärischen Rüstungen und Mobilmachungen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, beendigt und das Ergebnis in einem zweiten Weißbuch niedergelegt, das soeben der Oeffentlichkeit vorgelegt wird. Das Weißbuch verbreitet sich ausführlich über die militärischen Maßnahmen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Juli 1914, sowie über die Bedeutung der allgemeinen russischen Mobilmachung und legt dann den deutschen Operationsplan dar. Das Buch schließt mit einer Reihe von Feststellungen über die Kräfteverhältnisse der kriegführenden Staaten und tritt damit der Auffassung entgegen, daß die Mittelmächte bei Kriegsausbruch eine erdrückende militärische Ueberlegenheit besessen hätten. Der Unterausschuß hat nunmehr die Untersuchung der ganzen politischen Vorgeschichte des Weltkrieges begonnen. Die Untersuchung wird sich auch auf die Geschichte vor dem Attentat in Sarajewo erstrecken.

Skagerrakfeier mit Mordaufforderung.

Unerhörte monarchistische Provokationen.

Geradezu toll hergegangen ist es bei einer Skagerrakfeier des Nationalverbandes deutscher Offiziere und des Verbandes national gesinnter Soldaten, die am Dienstagabend in der Singakademie stattfand. Der erste Redner General v. Dickhut-Harrach wetterte in seiner Begrüßungsansprache gegen die Scheidemänner, die Erzhalunken usw. Wenn es diesen auch nicht gefalle, predige er, der General, doch Haß und Rache. Der zweite Redner, Admiral v. Tratha, ein Ueberläufer aus den Kapp-Tagen, sah den Tag kommen, wo „eine neue kaiserliche Flotte die gemeinen Engländer und niederträchtigen Franzosen vernichtet". Die Hauptattraktion des Abends aber war der Oberfeuerwerksmaat Nissen. Dieser führte nach einem Bericht der „Freiheit" u. a. folgendes aus:

Schufte und Verräter, Scheidemänner, Erzberger und Dittmänner (Zurufe: die Juden, die Juden) haben das deutsche Volk verraten und verkauft. Führer wie den General v. Gröner, Scheuch und alle anderen Offiziere, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt haben, die erkennen wir nicht an. **Auch sie sind Verräter.** Sie haben unseren Kaiser verraten und im Stich gelassen. (Zwischenrufe: Er muß wiederkommen und aufräumen!) Jawohl, er wird auch wiederkommen, und wir werden mit dem inneren und äußeren Feind gründlich aufräumen. Der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher in Leipzig ist eine Schande; **denn unter keinen Umständen dürfte ein Engländer Leipzig lebend erreichen.** (Lebhafter Beifall und Füßetrampeln.) **Ein Lichtblick für uns ist der 13. März 1920,** an welchem Tage die Scheidemännergesellschaft flüchtete und die deutsche Kriegsflagge durchs Brandenburger Tor getragen wurde. (Lebhafter Beifall.) **Hoffentlich kommt ein solcher Tag bald wieder.** (Lebhafter Beifall und Füßetrampeln.) Führer wie Ehrhardt, Ludendorff und v. d. Goltz, der im Baltikum war, nur die erkennen wir an.

Nun hat die Regierung die Werbungen für Oberschlesien verboten. **Das geht uns nichts an.** Hoffentlich drehen die oberschlesischen Freiwilligen ihre Bajonette bald um und marschieren nach Berlin, um die ganze feige Regierung samt Ebert und den Juden zu verjagen. (Lebhafter Beifall.) Wir werden unseren Kaiser wiederholen und auch eine kaiserliche Flotte erhalten. (Langanhaltendes Klatschen und Füßetrampeln.)

Wir verlangen, daß die Regierung den Oberfeuerwerksmaat Nissen sofort verhaften läßt und auf Grund seiner Rede ein Strafverfahren gegen ihn einleitet. Geschieht dies nicht, dann würde die Regierung ein Teil der Verantwortung dafür treffen, wenn irgendein Wahnsinniger der Aufforderung Nissens Folge leisten und sich an den Engländern in Leipzig vergreifen sollte. Was das bedeuten würde, brauchen wir der Regierung nicht erst zu sagen. Aber abgesehen von der Mordaufforderung gegen die Engländer enthält die Rede so deutliche Aufforderung zum Hochverrat, zum Ungehorsam gegen die Gesetze, ferner Verstöße gegen die jüngste Verordnung des Reichspräsidenten, daß der Mann sofort unschädlich gemacht werden muß. Eine Regierung, die das unterläßt, hätte sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Die Skagerrakschlacht — ein jüdisches Börsenmanöver!

Nun ist endlich das Geheimnis der Schlacht vor dem Skagerrak gelüftet. In der „Pommerschen Tagespost", dem offiziellen Organ der pommerschen Deutschnationalen, verrät es uns ein sicherer Egon Hundelker. „Die Skagerrakschlacht," — so stellt Herr Hundelker fest — „war nichts als eine jüdische Börsenspekulation." Und dies geschah nach Hundelker so: Das „internationale Finanzjudentum" hatte 1916 beschlossen, durch eine englische Niederlage zur See die hohen englischen Kurse zu drücken und die niedrigen deutschen zu heben. Sir Ernest Cassel übernahm das Geschäft und setzte bei der englischen Regierung ihre Einwilligung in die Niederlage durch, nachdem er ihr klargemacht hatte, daß dabei in wenigen Tagen 54 Millionen Pfund Sterling, also rund 1 Milliarde Goldmark, zu gewinnen seien. Churchill sträubte sich zwar etwas, aber durch einige Trinkgelder à 500 Pfund Sterling, die ihm Sir Ernest Cassel in die Hand drückte, wurde auch er gewonnen. Die Engländer ließen sich im Skagerrak ein wenig schlagen, die englische Regierung bauschte die Sache durch pessimistische Schlachtenberichte noch auf — und die große Börsenspekulation war geglückt. „Die ganze Sache erscheint derart wahnwitzig, daß man sie nur schwer glauben kann. Dennoch ist kein Zweifel möglich." So versichert Herr Hundelker am Schluß.

Wir würden gar zu gern wissen, wie es in den Köpfen derer aussieht, die so etwas schreiben und — die es lesen und glauben!

Lobpreiser der Roheit.

Im 3. Leipziger Prozeß wurden gestern 12 weitere Zeugen vernommen. Sie bestätigten, daß der Angeklagte Neumann von Gewehrkolben und Faust häufig Gebrauch zu machen pflegte. Nach der Mittagspause erklärte der sattsam bekannte militärische Sachverständige v. Fransecky, **der Angeklagte bilde einen Lichtblick (!). Man empfinde sein Verhalten wie eine Erlösung.** Ein solcher Mann sitze nun hier als sogenannter Kriegsverbrecher. Der Angeklagte handelte nach seiner Instruktion, die ihm gestattete, die Gefangenen mit allen Mitteln zur Arbeit anzuhalten. Der Gebrauch des Kolbens war zugestanden, und zwar mit Vorbedacht infolge der vorgekommenen Widerspenstigkeiten. Eine Verfügung des Kriegsministers Stein kommt hier in Frage. Neumann hat danach seine Befugnis im wesentlichen nicht überschritten. In einigen Fällen ist er vielleicht etwas zu weit gegangen; aber auch das ist zu entschuldigen mit der Erregung, die im Jahre 1917 weit vorgeschritten war. **Wenn ich das Verhalten des Angeklagten zu beurteilen hätte, würde ich ihn zu beloben haben (!).**

Einer der Verteidiger, Justizrat Larje sen. erklärt, **das deutsche Volk könne auf einen Soldaten wie den Angeklagten stolz sein.** Der Angeklagte habe zur Brechung des Widerstandes das mildeste Mittel (!) angewendet. Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Larje jr., bittet in einer Reihe von Fällen um Freisprechung und betont, daß es sich bei dem Angeklagten, ebenso wie in den beiden vorhergegangenen Prozessen, keineswegs um einen sogenannten Kriegsverbrecher handle.

Oberreichsanwalt Ebermeyer führt dagegen in seinem Plädoyer aus, der Angeklagte habe nicht die Berechtigung gehabt, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Ein Befehl, bei jeder Gelegenheit von der Waffe Gebrauch zu machen, ist undenkbar. Der Angeklagte hätte den unzulässigen Befehl nicht ausführen dürfen. Der Oberreichsanwalt läßt mehrere Punkte der Anklage fallen, so daß elf Fälle von Mißhandlungen und ein Fall von Beleidigung verbleiben. Festungshaft könne nicht in Frage kommen, da die Straftaten eine große Roheit zeigten.

Der Oberreichsanwalt beantragte zum Schluß eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Die Verhandlung wird um ¾5 Uhr geschlossen. Das Urteil soll Donnerstag mittag 12 Uhr verkündet werden.

Infolge weiterer Obstruktion im Braunschweiger Landtag durch den Landeswahlverband mußte die gestrige Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit auf den 7. Juni wieder vertagt werden.

Wirrwarr in der J. K.

Breslau, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der General Le Rond empfing heute eine Abordnung des Zwölferausschusses der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens, welche die Weigerung des Generals Hoefer unterstützte, den deutschen Selbstschutz zu entwaffnen oder zurückzuziehen. Der französische General mußte im Laufe der Unterredung ausdrücklich zugestehen, daß der deutsche Selbstschutz nicht auf gleicher Stufe wie die polnischen Insurgenten stehe, da er zeitlich später und nur zum Zweck der Abwehr der polnischen Uebergriffe organisiert worden sei.

Trotzdem erhalten sich in der bestimmtesten Form die Gerüchte, daß die

Franzosen Einspruch gegen ein Vorrücken der Engländer

erheben, solange nicht der deutsche Selbstschutz und die polnischen Insurgenten durch alliierte Truppen voneinander getrennt worden sind, was auf eine Räumung des bisher unbesetzten Gebietes zugunsten der Polen hinauskäme. Tatsächlich ist auch der englische Vormarsch, welcher heute morgen begann, zum Stehen gekommen, ohne daß militärische Gründe dafür ersichtlich wären. Anscheinend bestehen innerhalb der Interalliierten Kommission in der Frage der nächsten militärischen Aktionen Gegensätze, die gar nicht mehr zu verschleiern sind und jedes energische Vorgehen gegen die Polen lähmen.

Deutschlands Bemühungen anerkannt.

Paris, 1. Juni. (TU.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Bestimmungen des Artikels 5 des Bezahlungsetats vom 5. Mai 1921, die die Zahlung einer Milliarde Goldmark innerhalb 25 Tagen vorsehen, sind in normaler Weise ausgeführt worden. Die Reparationskommission stellt fest, daß die Deutsche Regierung sich ihrer Verpflichtung in dieser Hinsicht entledigt hat, und drückt ihr ihre Befriedigung darüber aus, daß sie schon jetzt Maßnahmen für den Rückkauf der Wechsel ergreift.

Regierungsrücktritt in Oesterreich.

Wien, 1. Juni. (TU.) In den ersten Nachmittagsstunden fand eine Kabinettsberatung statt, in der die Demission des gesamten Kabinetts beschlossen wurde. Wer die Nachfolgeschaft übernehmen wird, steht noch nicht fest, höchstwahrscheinlich wird jedoch ein neues christlich-soziales Kabinett gebildet werden. Das österreichische Kabinett hat also die Konsequenzen daraus gezogen, daß trotz aller seiner Warnungen die Anschlußbewegung fortgesetzt wurde.

Auf Ersuchen des Bundespräsidenten führt die Regierung Mayr die Geschäfte vorläufig weiter.

Ein drakonisches Urteil. Das außerordentliche Gericht in Hagen verhandelte gestern in dreistündiger Sitzung gegen den Kommunisten Bowensiepen, der am Osterdienstag die Leitung des letzten blutigen und gewaltigen Kommunistenaufstandes in den Händen hatte. Das Gericht verurteilte Bowensiepen zu 15 Jahren Zuchthaus mit der Begründung, daß seine Taten lediglich gemeine Verbrechen seien und mit Politik nichts zu tun hätten. — Diese Begründung scheint denn doch sehr wenig objektiv zu sein.

Wirtschaft

Zur Frage der Papierholzpreise.

Die Preise für Papierholz, die noch im Jahre 1915 durchschnittlich auf 16 bis 17 M. franko Werk für den Raummeter standen, sind im Jahre 1920 bis zu 320 M. angestiegen, so daß zeitweise eine Steigerung bis zu 1780 Proz. zu verzeichnen war. Selbst das für die Herstellung von Druckpapier staatlicherseits zur Verfügung gestellte Papierholz wies nicht selten eine Steigerung von 1400 bis 1500 Proz. auf. Die Bemühungen der Reichsregierung in dieser Beziehung ein Entgegenkommen der Länder zu erwirken, erwiesen sich fast durchweg als unfruchtbar. Im Gegenteil hat sich der Etat der einzelstaatlichen Forstverwaltungen in besonders hohem Grade zu einer Hilfsquelle gegenüber sonstigen Ausfällen entwickelt.

Bis zum Kriege bezog Deutschland einen sehr großen Teil seines Papierholzes aus dem Auslande, weil deutsches Papierholz nicht entfernt den Verbrauch zu decken vermochte. Nach Unterbindung der ausländischen Zufuhr entwickelte sich deshalb in Deutschland eine Notmarktlage, welche die Preissteigerung zur Folge hatte. Trotzdem sind auch die Preise für Papierholz in letzter Zeit recht erheblich gesunken, hauptsächlich darum, weil der Markt bei den heutigen Preisen seine frühere Aufnahmefähigkeit fast völlig verloren hat. Selbst wenn es gelingen sollte, unter dem Einfluß amtlicher Nachprüfungen, die Preise etwas zu senken, so wird doch schon heute aus dem Auslande Zell- und Holzstoff bereits zu Preisen angeboten, welche unter der bei einer derartigen Senkung erreichbaren Grenze liegen dürften.

Die Absatzkrise, welche den ganzen Weltmarkt ergriffen hat, zwang die in der Rohstoffversorgung vor den deutschen Werken begünstigten fremdländischen Zellstoff- und Holzstoffabriken, eine ungewöhnliche Verbilligung eintreten zu lassen, die insbesondere bei Finnland, durch die große Entwertung der Finnmark, die stärkste ist. Da gleichzeitig die ausländischen Papierpreise am Weltmarkt sprunghaft herabgingen, so erscheint nicht nur die Konkurrenzmöglichkeit der deutschen Papierindustrie im Auslande auf das äußerste gefährdet, sondern diese Industrie sieht sich genötigt, die Einfuhr fremden Zellstoffes ernstlich in Erwägung zu ziehen, um auch die deutschen Verbraucher in den vollen Genuß der gesunkenen Weltmarktpreise zu setzen. Dies bedeutet zunächst für die deutschen Halbstoffabriken eine ernste Gefahr. Darüber hinaus aber muß der Waldbesitz damit rechnen, daß der Absatz an Papierholz in noch erweitertem Maße ins Stocken gerät, weil eben die deutschen Halbstoffe durch fremde Ware ersetzt werden müssen.

Bei den unsicheren Valutaverhältnissen kann Zufuhr von Halbstoffen aus dem Auslande zur Unmöglichkeit werden. Sind dann die deutschen Zellstoff- und Holzstoffabriken nicht genügend mit preiswertem Papierholz versorgt, so müssen sich Stockungen ergeben, die letzten Endes wieder zu Preiserhöhungen statt zu dem dringend notwendigen Preisabbau führen müßten. Es sollte deshalb die ernste Sorge des Waldbesitzes sein, sowohl im öffentlichen wie im eigenen Interesse mit allem Ernst einer wesentlichen Verbilligung des Papierholzes zu erstreben. Die Reichsregierung darf in diesen Bemühungen nicht nachlassen, weil sonst nicht nur die Lage der beteiligten Industriellen, sondern auch diejenige der deutschen Presse einer ständigen Gefährdung ausgesetzt bleibt.

Der Neckarkanalbau. Wie die Dena aus Stuttgart meldet, ist soeben die Neckar-Aktiengesellschaft zum Bau des Neckarkanals von Mannheim nach Plochingen als Teil der Neckar-Donau-Großschiffahrtsstraße mit einem Grundkapital von 350 Millionen Mark gegründet worden. Daran sollen sich beteiligen: das Reich mit 160 Millionen Mark, Württemberg, Baden und Hessen einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände mit 80, 17,5 und 2,5 Millionen Mark. Zwecks Beteiligung der Industrie, Elektrizitätswerke, Banken und Privatkreisen werden demnächst Zeichnungsscheine ausgegeben werden. Die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften zur Beschaffung der erforderlichen Mittel wird demnächst eingeholt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Kein Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie.

Zeitungen und Flugblätter der wirtschaftsfriedlichen Angestelltenverbände verbreiten in den letzten Tagen die Nachricht, daß in Berlin das Afa-Ortskartell und vornehmlich der Zentralverband der Angestellten einem Vergleich mit den Arbeitgebern der Metallindustrie zugestimmt hätte, nach dem für viele Angestellte ein bedeutender Lohnabbau eintritt. Diese Behauptungen sind unwahr! Am Sonnabend, den 28. Mai d. J., wurde in einer Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar für Groß-Berlin, an der auch Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsbünde teilnahmen, vom Verhandlungsleiter an Hand der Akten festgestellt, daß

1. von einem abgeschlossenen Vergleich keine Rede sein könne,
2. der Vergleichsvorschlag einen Lohnabbau überhaupt nicht enthalte,
3. bei Ablehnung des Vergleichs viele tausend Angestellte einer Gehaltserhöhung mit Rückwirkung vom 1. März d. J. ab verlustig gehen würden.

Die Vertreter der Gewerkschaftsbünde erbaten sich nach diesen Feststellungen Frist bis zum 4. Juni, um bis dahin dem Demobilmachungskommissar ihre endgültige Stellungnahme zu dem Vergleichsvorschlag einzureichen.

Streik der Mineralwasserarbeiter.

Die mit Wochenlöhnen von 265 bis 290 M. für Familienväter bezahlten Arbeiter hatten den Tarifvertrag mit dem Verband der Mineralwasserfabrikanten zum 31. Mai gekündigt sowie das Lohnabkommen vom 18. Februar. Die Unternehmer, die nur wenige Arbeiter und zwar meist nur in den Sommermonaten beschäftigen, lehnten es ab, über den ihnen vom Transportarbeiterverband unterbreiteten Entwurf zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu verhandeln. Sie teilten mit, ihr Verband sei zurzeit nicht in der Lage, die Löhne zu erhöhen. Eine stark besuchte Versammlung der beteiligten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher am Mittwochabend beschloß, sofort die Arbeit einzustellen.

Das konsumierende Publikum, insbesondere die Großberliner Arbeiterschaft, wird ersucht, die Mineralwasserarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Akkordarbeit und Arbeitslosigkeit.

Vor acht Wochen etwa hatten wir uns mit der Akkordarbeit auf dem Neubau der Reichsversicherungsanstalt, Fehrbelliner Platz, der von der Union A.-G. ausgeführt wird, zu beschäftigen. Wir haben seinerzeit die Oeffentlichkeit von diesen Machenschaften unterrichtet und sind nun erneut gezwungen, diese eigenartige Methode zur „Belebung der Bautätigkeit" aufzudecken; denn es wird dort bereits wieder in Akkord gearbeitet.

Es ist ja allgemein bekannt, daß das gesamte Unternehmertum auf die Einführung der Akkordarbeit drängt, soweit diese noch nicht Eingang gefunden hat. Der Tarifvertrag für das Baugewerbe läßt die Akkordarbeit aber nur dann zu, wenn die Fachgruppen der Ortsvereine ihre Zustimmung dazu geben. Hier in Berlin haben jedoch die Fachgruppen — mit wenigen Ausnahmen — das Akkordsystem abgelehnt. Erst kürzlich hat der Verband der Baugeschäfte den Bezirksverein Berlin des Deutschen Bauarbeiterverbandes ersucht, erneut eine Befragung der Fachgruppen über die Einführung der Akkordarbeit vorzunehmen. Er ist der Meinung, daß die Lohnerhöhung des letzten Jahres zur Verteuerung des Wohnungsbaues beigetragen habe. Die Arbeitgeber behaupten weiter, sie hätten für die Verbilligung der Baustoffe ihr möglichstes getan. Die Arbeitnehmer hätten, ebenso wie die Arbeitgeber, die Pflicht, die Förderung der Bautätigkeit zu betreiben; der einzige Weg dazu sei aber die Akkordarbeit.

Die Begründung der Unternehmer ist denn doch zu durchsichtig, als daß ein denkender Arbeiter darauf eingehen könnte. Leider gibt es auch unter der Bauarbeiterschaft noch Elemente, die all die guten und berechtigten Gründe, die nun schon so oft in Wort und Schrift gegen die Akkordarbeit vorgebracht worden sind, nicht erkennen wollen. Wir behaupten, daß es kaum ein anderes Gewerbe geben dürfte, in dem die Akkordarbeit in jeder Beziehung von so verheerenden Wirkungen begleitet ist, wie das Baugewerbe. Das unvermeidliche Kolonnensystem führt dazu, daß die Zahl der Arbeitskräfte möglichst beschränkt wird, und die nicht zu Höchstleistungen Befähigten ausgesondert werden. Das ohnehin übergroße Arbeitslosenheer wird ohne Not vermehrt, nur, weil das Akkordsystem den Unternehmern und einigen rücksichtslosen Egoisten unter der Arbeiterschaft besser in den Kram paßt.

Die Union A.-G., die vor ungefähr acht Wochen, nachdem die Treibereien auf der Baustelle Fehrbelliner Platz vom Bauarbeiterverband aufgedeckt waren, durch den Mund ihres Vertreters, Herrn Baumeister Hirte, das Versprechen abgab, nunmehr in Lohn arbeiten zu lassen, und die Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis zu beziehen, hat ihr Versprechen gebrochen. Es sind nur wenige Leute vom Arbeitsnachweis eingestellt worden. Und seit einigen Tagen wird auch bereits wieder in Prämienakkord gearbeitet. Die Maurer haben sich verpflichtet, pro Mann wöchentlich 4800, also täglich 800 Steine zu verarbeiten, wofür sie 80 M. pro Tag, also 10 Mk. für die Stunde, gezahlt erhalten. Zur Auszahlung gelangt vorläufig der tarifmäßige Stundenlohn. Die vereinbarte Mehrleistung wird später bezahlt. Der Vertrag enthält auch die Bestimmung, daß, wenn die Organisationen die Unzulässigkeit dieser Arbeitsmethode feststellen sollten, die Firma jeder außertariflichen Verpflichtung entbunden ist. Jeder Einsichtige weiß, daß es letzten Endes bei dieser festgesetzten Leistung von 800 Steinen täglich nicht bleiben wird.

Nach dem Tarifvertrage sind solche Sonderabmachungen der Vertragsparteien verboten. Die Unternehmerbeisitzer der Schlichtungskommission erklären, daß das „Prämiensystem" kein Akkordlohnsystem und nach dem Tarifvertrag nicht verboten sei. Die erforderlichen Maßnahmen sind seitens der Organisation eingeleitet.

Wir müssen es als eine Unverfrorenheit bezeichnen, wenn man solche Arbeitsmethoden als im Interesse der Allgemeinheit liegend, hinstellt. Was sagt aber die Erwerbslosenfürsorge dazu, daß man auf diese Weise die Zahl der Arbeitslosen vermehrt?

Die Cafékellner zur Trinkgeldfrage. In einer Versammlung von Funktionären und Vertrauensmännern der Cafékellner, die am Dienstag stattfand, wurde insbesondere auch die Trinkgeldfrage zur Sprache gebracht. Burde erklärte, daß es für die Kellner schließlich am besten sein würde, wenn mit dem Trinkgeldwesen gänzlich aufgeräumt und von den Arbeitgebern ein Lohn verlangt werde, der allen Gastwirtsgehilfen eine ausreichende Existenz ohne Trinkgeld gewährt. Auch das Prozentsystem müßte beseitigt werden. Viele Arbeitgeber antworteten bei der Forderung einer Lohnerhöhung: „Ihr habt doch auch Trinkgeld!" Wenn es manchen Kollegen auch noch nicht einleuchte, so bilde doch zweifellos das Trinkgeld ein erhebliches Hindernis für die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es sei auch nur zu sehr geeignet, die Kollegialität zu untergraben. Diese Anschauung wurde von Schielke geteilt, während von anderen Rednern hervorgehoben wurde, daß der größte Teil der Kellner dadurch geschädigt würde.

Richter referierte über die letzte Lohnbewegung und wies in seinen Ausführungen auf die große Arbeitslosigkeit hin, welche die Durchführung jeder Lohnbewegung außerordentlich erschwere. Es müsse in Verbindung mit anderen Organisationen Hilfe für die Arbeitslosen erstrebt und klar erklärt werden, daß diejenigen für die Arbeitslosen aufzukommen hätten, die das Elend mitverschuldet haben. Zur Trinkgeldfrage erklärt Redner, daß er gegen das Trinkgeld sei, für die Abschaffung aber erst eintreten könnte, wenn man bessere Löhne erhalte. Ein Beschluß wurde hierzu nicht gefaßt.

Für die Ergänzungswahlen zum Vorstand wurden Vorschläge gemacht, die der nächsten Mitgliederversammlung empfohlen werden sollen.

•

Der Standpunkt der Organisation zur Trinkgeldfrage kommt in einer Entschließung zum Ausdruck, die auf Anregung der Gesellschaft für Soziale Reform von allen Gehilfenverbänden angenommen wurde. Diese erklärte durch ihre Vertreter, „daß sie nach wie vor bereit sind, energisch für die Beseitigung des Trinkgeldes und für die Erringung fester auskömmlicher Löhne einzutreten. Sie nehmen die von der Gesellschaft für Soziale Reform und der ihr angeschlossenen Vereinigungen angebotene Hilfe und die Unterstützung der Presse mit Dank an und verpflichten sich, das zur Agitation nötige Material zu liefern. — Sie verurteilen auf das allerentschiedenste diejenigen Berufsangehörigen, die ohne Rücksicht auf die üblen Folgen, die das Trinkgeldsystem für den ganzen Beruf haben muß, sich nicht dazu verstehen können, jede Annahme des Trinkgeldes strikte zu verweigern."

Bergarbeiterstreik in Niederschlesien.

Im Niederschlesischen Steinkohlenrevier befindet sich die Gesamtbelegschaft der Gruben mit 40 000 Mann im Streik. Am 23. Mai begann der Streik und bereits am nächsten Tage war er vollständig. Die Ursache ist die Ablehnung von Lohnforderungen, die bereits im August 1920 gestellt waren. Nach wiederholten, von den Bergarbeitern angeregten Verhandlungen, die infolge der wenig günstigen wirtschaftlichen Lage der Gruben resultatlos verliefen, wurde am 18. Mai ein Schiedsspruch gefällt. Der Schiedsspruch sah vor, daß vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung die seit längerem zur Verbilligung der Lebensmittel erhobenen 2 Mark pro Tonne in bar ausgezahlt werden. In Aussicht war gestellt, bei etwaiger Kohlensteuerermäßigung zu prüfen, ob ein Teil des freiwerdenden Betrages für Lohnaufbesserung verwandt werden kann. Also im ersteren Falle nur eine andere Zuführung der 2 M. pro Tonne, d. h. eine Lohnaufbesserung von 60 bis 70 Pfennig pro Schicht, im zweiten Falle eine in zweierlei Hinsicht beschränkte Zusage für die Zukunft. Dieser Schiedsspruch war ungeeignet, die seit Monaten wartenden Bergarbeiter zu beruhigen. Die Ablehnung war vorauszusehen. Nicht zu billigen ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt, daß, statt die angeregte Urabstimmung vorzunehmen, die Belegschaft in den Streik trat. Nachdem der Streik einmütig eine Woche lang andauerte und der sofortige Streikausbruch nur der Abstimmung vorgriff, die bestimmt die Dreiviertelmehrheit ergeben hätte, haben die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen — freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften — am 29. Mai den Streik anerkannt und die Führung übernommen. Dies war schon deshalb notwendig, um den Arbeitgebern wie auch den Regierungsstellen, die sich auf „einen wilden Streik" versteifen, diesen Einwand zu nehmen. Es wird an den Arbeitgebern, ganz besonders auch an der Regierung liegen, diesen Streik durch annehmbare Angebote zum Abschluß zu bringen, da die wirtschaftlichen Folgen geradezu katastrophal werden können. Verschärft wird der Zustand durch das Ausbleiben der oberschlesischen Kohle. Stillegung von Werken und vermehrte Arbeitslosigkeit wird trotz stattgefundener Einschränkungen unvermeidbar, wenn nicht rasch gehandelt wird.

Die Bergarbeiter Niederschlesiens haben öfters durch Verfahren von Ueberschichten helfend eingegriffen, um den Städten während der größten Kohlenknappheit hinwegzuhelfen. Sie halten nicht starr an den gestellten Forderungen fest. Doch mit einem Durchschnittslohn von 44,16 M. für die Schicht ist kein Auskommen, zumal bei der schweren Arbeit.

Verloren gegangen ist einem erwerbslosen Funktionär des Holzarbeiterverbandes am Dienstag, 31. Mai 1921, gegen 1 Uhr mittags auf der Fahrt von Jannowitzbrücke bis Schlesischen Bahnhof eine graue Brieftasche, enthaltend ein Konto- und Markenbuch mit Beitragsmarken verschiedener Art, in Zeitungspapier eingeschlagen. Die in der Brieftasche befindlichen Papiere lauten auf den Namen W. Wegener.

Da der Verlierer seit Monaten erwerbslos ist und für den Schaden zu haften hat, wird der ehrliche Finder gebeten, gegen Zurückerstattung der Unkosten das Gefundene auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes, Berlin SO. 16, Rungestraße 30, Zimmer 8, abzugeben.

Den streikenden Straßenbahnern in Potsdam hat der Magistrat allesamt gekündigt. Dadurch wird der Streik nicht beendet!

„In der europäischen Revolution liegt unsere Rettung. Wir haben das Feuer entzündet, wir müssen es auch mit allen Mitteln schüren." Mit diesen Worten begründet das Petersburger Gewerkschaftsblatt „Machowit" den Beschluß des Allrussischen Gewerkschaftskongresses, den englischen Bergarbeitern 200 000 Goldrubel zu überweisen.

Zur Lage in England.

Die Vorschläge Lloyd Georges zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks wurden wie in Lannark, Schottland und Wales auch in Derby, Nottingham und Yorkshire abgelehnt. Franc Scorch erklärte, daß ein Einvernehmen vielleicht herzustellen wäre, wenn die Besitzer den Arbeitern auf die Löhne vom Juni 1914 einen Zuschlag von 80 Proz. machten. Die Unternehmer aber erklären, nur eine Steigerung der Produktion könne die Löhne erhöhen. — Noch mehr ihre Profite! — Die Eisenbahn- und Transportarbeiter haben beschlossen, das Verbot der Kohlenbeförderung vollständig aufzuheben. — Dreiunddreißig Gewerkschaften, die 1½ Millionen Metallarbeiter vertreten, protestierten gegen die Herabsetzung der Löhne, die für den 16. Juni angekündigt ist. Es wird eine Konferenz mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorbereitet.

Die Frauen in den englischen Gewerkschaften. Wie in den deutschen, so ist auch in den englischen Gewerkschaften die Zunahme der weiblichen Mitglieder überaus groß. Im Jahre 1918 wurden etwas über 650 000 weiblicher Gewerkschaftsmitglieder gezählt, deren Zahl schon Ende 1919 auf über 850 000 angewachsen war. Das ist das Zweifache des im Frieden zu verzeichnenden Bestandes der weiblichen Mitglieder. In einigen Gewerben ist allerdings die Zahl der Frauen wesentlich zurückgegangen. Das trifft besonders für das Transportwesen zu, das heute zirka 80 Proz. weiblicher Arbeiter weniger zählt, das hängt zusammen mit der durch das Kriegsende bedingten Demobilisierung der Eisenbahner und anderer Transportarbeitergruppen.

Gegen Moskau. Der Nationalkongreß der französischen Eisenbahner hat Dienstag in Paris seine Tagung begonnen. Mit 54 000 gegen 46 000 Stimmen wurde der Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt.

Die Hafenarbeiter in Buenos Aires streiken seit etwa drei Wochen, um sich gegen die Einstellung von Unorganisierten zu wehren. Zum Schutze der kleinen Zahl von Arbeitswilligen wurde Militär kommandiert. Nun ist an Bord eines Dampfers ein Brand ausgebrochen, dessen Anstiftung den Streikenden zugeschoben wird. Die Polizei will 117 Mitglieder des Verbandes der Seeleute bei einer geheimen Zusammenkunft überrascht haben, deren Teilnehmer sie verhaftete. Die Geschichte riecht stark nach bestellter Arbeit, zum „Schutze der Arbeitswilligen".

Zentralverband der Angestellten. Leder: Heute nachmittag 5¼ Uhr Mitgliederversammlung in den Prachtsälen „Alt-Berlin", Blumenstr. 10. — Holz: Heute abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant „Zum Bürgerheim", Alte Schönhauser Str. 23/24. — Rechtsanwaltsbureaus: Heute abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27a. — Chirurgie-Mechanik: Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18. — Einzelhandel (Schaufensterdekorateure): Freitag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung im „Alten Askanier", Anhaltstraße 11. — Metall: Freitag abend 7 Uhr Funktionärversammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 25.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirk Berlin 11: Freitag, 7 Uhr im Vereinslokal Frankfurter Allee 313, Versammlung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Freitag, 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Versammlung der Stepperinnen der Haus- und Filzschuhindustrie. Tagesordnung: Die Forderungen der Stepperinnen und das Verhalten der Fabrikanten.

Verkehrsbund. Abt. Post-, Fernsprech- und Telegraphenpersonal, Berlin: Sonnabend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Sitzung der Betriebsräte und -obleute, Funktionäre und Vertrauensleute sämtlicher Postdienststellen. — Montag, 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus Sitzung der Betriebsräte und Funktionäre der Telegraphenarbeiter. — In beiden Versammlungen Bericht über die Reichstarifverhandlungen. Zutritt nur mit Mitgliedsbuch und Betriebsrätebzw. Funktionärausweiskarte und wenn nicht über 6 Beiträge restieren.

Filmarbeiter. Freitag 7 Uhr öffentliche Versammlung im „Alten Askanier", Anhaltstr. 11.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 23.

Donnerstag, den 2. Juni, abends ½8 Uhr:

Johannisthal: Johannes-Werner-Straße, Mitgliederversammlung. — **Niederschöneweide:** Berliner Straße, Mitgliederversammlung. — **Osten (Stralauer Viertel):** Naglerstr. 3, Mitgliederversammlung. — **Reinickendorf-West:** Scharnweberstr. 114. — **Schmargendorf:** Breite Str. 38, Mitgliederversammlung. — **S. W. I:** Sonnenburger Str. 20, Mitgliederversammlung. — **S. W. II:** A. Karl, Wichertstr. 69, Mitgliederversammlung. — **Steglitz-Friedenau:** Offenbacher Str. 5a, Lesebend.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt".

8 Volksversorgungstage
ab Freitag, den 3. Juni

Gemusterte Anzugstoffe M. 150.—, 125.—, 95.—, 75.—, 50.— 35.00
Blaue Cheviotstoffe 142 cm breit ..... von M. 70.00 an
Blaue Kammgarnstoffe für Anz. u. Kost., gar. reine Wolle, 142 cm br. 90.00
Gestreifte Hosenstoffe von M. ..... 75.00 an
Marengo-Paletotstoffe 142 cm breit ..... von M. 69.00 an

Die Wahrheit
ist
dass ich meine sämtl. Lagerbestände ganz bedeutend ohne Rücksicht auf meinen Einkauf herabgesetzt habe.
Tatsachen beweisen.
Bitte beachten Sie nebenstehende Artikel mit Preisen, die ich aus der Fülle meiner Lagerbestände herausgreife und Sie haben den Beweis. In diesen Ausnahmetagen biete ich Ihnen eine nie wiederkehrende Gelegenheit. Zu den denkbar günstigsten Preisen kaufen Sie bei mir Anzugstoffe, Hosen, Paletots, Covercoats, Schlüpfer, speziell Homespuns, Gabardine, Kleiderstoffe, Kostümstoffe usw

Homespuns über 140 cm breit von M. ..... 75.00 an
Schlüpferstoffe modernste Farbstellung, 140 cm breit ..... M. 85.00
Covercoats imit., 140 cm breit von M. ..... 80.00 an
Gabardine garantiert reine Wolle, 130 cm breit ..... von 98.00 an
Reklame-Angebot! Grosse Posten Kostümstoffe 128-30 cm br., gar. reine Wolle 99.50

Tuchhaus M. E. Freitag, Berlin C, Molkenmarkt 14-15.